

Naturverstand

Das Magazin der Land&Forst Betriebe Österreich

02/24

EU-Wahl 2024:
Entscheiden wir mit!

LAND&FORST
BETRIEBE ÖSTERREICH



SO VIEL „WIR“ STECKT IN

WaldWIRtschaft!

VALENTINA KIRNBAUER-
SCHNEIDER,
OBMANN-STELLVERTRETERIN
BEI PEFC AUSTRIA

VIKTORIA HUTTER,
PEFC ZERTIFIZIERTE
FORSTWIRTIN

MARKUS DICK,
FORSTARBEITER BEI
MAYR-MELNHOF FORST

RICHARD STRALZ,
CEO BEI
MAYR-MELNHOF HOLZ

Mit dem PEFC Siegel sicherst
du nachhaltige Waldwirtschaft.



Das
g'fällt dem
Wald!

DURCH DIE WAHL VON PRODUKTEN
MIT PEFC SIEGEL ACHTEST DU AUF:

- Nachhaltige Holz-, Papier- & Verpackungsprodukte
- Wälder und Jobs von heute und morgen
- Nachvollziehbarkeit entlang der Wertschöpfungskette



WIE DAS FUNKTIONIERT?

INHALTSVERZEICHNIS

- 3 Impressum
- 4 Editorial – Generalsekretär Martin Kubli
- 5 Vorwort – Präsident Konrad Mylius

VERGANGENHEIT, GEGENWART UND ZUKUNFT DER EU

- 8 Zwei Jahrzehnte im Rückblick – Ehrenpräsident Felix Montecuccoli
- 10 Der „Green Deal“ in Retrospektive – Valerie Findeis
- 12 Zukunft Europa: Die Rolle der Digitalisierung – Präsident Konrad Mylius

WESENTLICHE THEMEN IM DISKURS

- 14 LFBÖ-Fachtagung: „Produktionsstandort Europa“ – Aurelia Edlinger
- 18 Bedeutung der forstwirtschaftlichen Biomasse am Energiemix – Kasimir P. Nemestothy & Martin Wette, LK Österreich

WAHLSPEZIAL ZUR EU-WAHL

- 21 EU-Kandidat Alexander Bernhuber im Interview
- 24 Kurzgesagt: Was erwartet die Next Generation von der EU?
- 25 Kurzporträt EU-Spitzenkandidaten
- 26 EU-Wahl 2024 Nachgefragt bei den politischen Spitzenkandidaten

DIVERSES

- 38 In Memoriam zum 100. Geburtstag Rudolf Frauendorfer

IMPRESSUM

Offenlegung der Besitzverhältnisse gemäß § 25 des Mediengesetzes:

Medieninhaber: Land&Forst Betriebe Österreich, Schauflergasse 6/5, 1010 Wien, Telefon: +43/1/533 02 27, E-Mail: office@landforstbetriebe.at, www.landforstbetriebe.at / Verlagspostamt: 1010 Wien / Erscheinungsweise: 3x jährlich (2024) **Herausgeber:** Martin Kubli, Schauflergasse 6/5, 1010 Wien

Redaktion und Anzeigenverwaltung: Aurelia Edlinger **Layout und Satz:** KOMO Wien, Simone Leonhartsberger **Hersteller:** Druckerei Berger, 3580 Horn

Die Gastkommentare müssen nicht die Meinung des Medieninhabers ausdrücken. Genderhinweis: Geschlechtsspezifische Bezeichnungen im Verbandsmagazin stehen im Zweifelsfall gleichwertig für beide Geschlechter. Dies impliziert jedoch keine Diskriminierung in die eine oder andere Richtung, sondern soll im Sinne der leichteren Lesbarkeit als geschlechtsneutral zu verstehen sein.

Titelbild: © Pixabay / Greg Montani



Das Österreichische Umweltzeichen
für Druckerzeugnisse, UZ 24, UW 686
Ferdinand Berger & Söhne GmbH.



Europawahl 2024 – Unsere Chance für mehr Naturverstand in Europa



Martin Kubli

2024 steht international im Zeichen von wegweisenden Wahlentscheidungen. Nicht umsonst sprechen viele von einem Superwahljahr, stehen doch unter anderem in den USA, in Europa und auch in Österreich bedeutende Weichenstellungen an. Am 9. Juni 2024 haben wir als Europäerinnen und Europäer wieder die Chance den politischen Diskurs mit unserer Stimme mitzugestalten und jene Vertreter zu wählen, welche sich ernsthaft um die Themen kümmern, die uns tagtäglich beschäftigen.

Die Klimakrise, der Ukrainekrieg, die fossile Energieabhängigkeit, die Teuerung, sowie zahlreiche weitere europäische und geopolitische Herausforderungen, zeigen sich als zentrale Brennpunkte in Europa. Auch wenn die Probleme groß und Brüssel scheinbar weit weg erscheint, sind es schlussendlich wir als Bürgerin oder Bürger welche entscheiden wie mit diesen Themen umgegangen wird und welche Richtungsentscheidungen getroffen werden.

Dieses Jahr wird das Europäische Parlament zum zehnten Mal direkt gewählt und damit zum zehnten Mal die grundlegende Idee der Europäischen Union gestärkt und belebt:

Frieden und Einheit in Europa!

Als Mitglied der EU profitiert Österreich seit 1995, von dieser Vergemeinschaftung der großen Interessen. Auch die Land- und Forstwirtschaft wurde durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in den letzten Jahrzehnten maßgeblich geprägt und weiterentwickelt. Der barrierefreie Zugang zum europäischen Binnenmarkt, länderübergreifender Handel mit heimischen Produkten und der freie Austausch von Arbeitskräften sind nur einige Beispiele die der Land- und Forstwirtschaft dabei enorme Vorteile liefern. Zudem sichert die Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedsstaaten einen stetigen Wissensaustausch und ermöglicht Investitions- und Innovationsmöglichkeiten welche zur stetigen Weiterentwicklung des Sektors beitragen.

Der Mehrwert den die EU den Bürgerinnen und Bürgern bringt ist unbestritten. Jedoch entwickelten sich in den letzten Jahren viele der eigentlich unterstützenswerten Ziele, vor allem in Hinsicht auf den Green Deal, zu einer zunehmenden Belastung für die Land- und Forstwirtschaft. Anstatt praxistaugliche Lösungen zu erarbeiten, erschweren die bürokratischen Hürden der vielen Verordnungen und Gesetze die aktive Landbewirtschaftung in vielfältiger Weise. Ein Umstand, der nicht nur das wirtschaftliche Überleben der Betriebe, sondern auch die Versorgungssicherheit mit nachhaltigen und regionalen Ressourcen gefährdet! Dieser scheinbare Vertrauensverlust in die Bürgerinnen und Bürger der sich in mehr Regulierung niederschlägt, führt unter anderem zu Polarisierung und einer Verschiebung hin zu den politischen Rändern.

Im Superwahljahr 2024 haben wir als Europäerinnen und Europäer die Chance, uns am politischen Prozess zu beteiligen und zu einer gemeinsamen Mitte zu finden, welche die Grundidee der Europäischen Union stärkt! Wir können die Chance nutzen und mehr Naturverstand in Europa fordern.

Als Land&Forst Betriebe möchten wir nicht nur dazu ermutigen, Ihre Stimme am Wahltag zu nutzen, sondern auch mit den Inhalten dieses Naturverstand Spezial bei dieser Entscheidung unterstützen. Dazu präsentieren wir Ihnen in dieser Ausgabe eine kompakte Zusammenfassung der Entwicklungen der letzten fünf Jahren, werfen einen hoffnungsvollen Blick in die Zukunft der EU und stellen Ihnen abschließend die Spitzenkandidaten der fünf größten Parteien zur EU-Wahl umfangreich vor. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihr

Martin Kubli
Generalsekretär, Land&Forst Betriebe Österreich

Geneigte Leserinnen und Leser!



Konrad Mylius

Die EU-Wahlen stehen vor der Tür, eine Gelegenheit, die nicht nur die politische Landschaft Europas prägt, sondern auch spezifische Bereiche wie die Land- und Forstwirtschaft direkt beeinflusst. Diese Sektoren sind essenziell für die europäische Wirtschaft, Umwelt und das soziale Gefüge und stehen im Zentrum vieler EU-Politiken. Die Wahlen ermöglichen es den Bürgerinnen und Bürgern, ihre Stimme zu nutzen, um die Zukunft der EU mitzugestalten, insbesondere in Hinblick auf eine verantwortungsvolle Governance und die Reduzierung von Bürokratie.

Die EU verfügt über erhebliche Kompetenzen in der Landwirtschaft, die hauptsächlich durch die Gemeinsame Agrarpolitik geregelt wird. Diese Politik zielt darauf ab, die Landwirtschaft über Lastenausgleiche, Regu-

lierungen und Förderprogramme zu unterstützen und nachhaltig zu gestalten. Im Bereich der Forstwirtschaft, obwohl weniger zentralisiert, beeinflusst die EU die Mitgliedsstaaten durch Richtlinien und Verordnungen, die sich auf Umweltschutz, Biodiversität und die Nutzung natürlicher Ressourcen beziehen.

Das Subsidiaritätsprinzip spielt dabei eine wesentliche Rolle, da es sicherstellt, dass Entscheidungen so nah wie möglich an den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden. Die EU sollte nur dann eingreifen, wenn Ziele durch einzelstaatliche Maßnahmen nicht ausreichend erreicht werden können. Dieses Prinzip fördert eine ausgewogene Machtverteilung und berücksichtigt die unterschiedlichen Bedürfnisse und Bedingungen innerhalb der Mitgliedsländer.



Die EU hat auch maßgeblich zu einem beispiellosen Zeitraum des Friedens und Wohlstands in Europa beigetragen. Der gemeinsame Markt und die Währungsunion haben wirtschaftliche Barrieren abgebaut und einen freien Handel ermöglicht, der Wohlstand und Arbeitsplätze fördert. In politischer Hinsicht hat die EU als Plattform für Zusammenarbeit und Konfliktlösung gedient, was zur Sicherung des Friedens in der Region beiträgt. In Sicherheitsfragen koordiniert die EU Maßnahmen gegen grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus und stärkt somit die Sicherheit aller Mitgliedsstaaten.

Die Teilnahme an EU-Wahlen ist daher von entscheidender Bedeutung, da sie den Bürgerinnen und Bürgern die Macht gibt, über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und somit über die Zukunftspolitik der EU zu entscheiden. Eine stärkere Wahlbeteiligung reflektiert eine breitere Meinungsbasis und fördert eine repräsentativere und demokratischere EU.

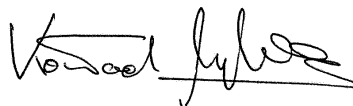
Viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmerinnen und Unternehmer fordern eine EU, die mit mehr „Hausverstand“ und wie wir Land&Forst Betriebe eine EU die mit mehr „Naturverstand“ agiert – eine, die pragmatische Lösungen vorantreibt. Die Forderung nach weniger Bürokratie, besonders im Rahmen neuer Verordnungen wie der Entwaldungsverordnung, steht im Mittelpunkt des Wunsches nach einer schlankeren, effizienteren EU, die ihre Ressourcen sinnvoll einsetzt und gleichzeitig Umweltschutz und nachhaltige Praktiken fördert.

Es ist wichtig zu betonen, dass Kritik an der EU nicht automatisch bedeutet, gegen die EU zu sein. Konstruktive Kritik ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie und notwendig für die Weiterentwicklung und Anpassung der Union an die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Zukunft der EU ohne übermäßige Bürokratie in der Land- und Forstwirtschaft würde es den Betrieben ermöglichen, sich mehr auf ihre Kernaktivitäten zu

konzentrieren und weniger Zeit und Ressourcen für die Einhaltung komplexer Vorschriften aufzuwenden. Dies würde nicht nur die Lebensqualität der Landwirte und Forstwirte verbessern, sondern auch die Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit der Branchen steigern.

Abschließend bieten die EU-Wahlen eine fundamentale Gelegenheit, die Richtung der Union mitzubestimmen. Durch eine aktive Teilnahme können die Bürgerinnen und Bürger der EU ihre Unterstützung für eine Politik ausdrücken, die nicht nur den Agrar- und Forstsektor, sondern auch die übergeordneten Ziele der Wohlfahrtsförderung, Friedenssicherung und nachhaltigen Entwicklung fördert. Es ist eine Gelegenheit, für eine EU zu stimmen, die klug, nachhaltig und bürgerorientiert handelt!

Ihr



Konrad Mylius,
Präsident Land&Forst Betriebe Österreich

In dieser Ausgabe erwartet Sie außerdem eine umfangreiche Zusammenfassung unserer LFBÖ-Fachtagung 2024 mit Statements aller Podiumsgäste. Zu lesen auf den Seiten 14 - 17



v.l.n.r Die Moderatorin des Nachmittags Maria Harmer mit ihren Podiumsgästen Konrad Rehling, Christoph Neumayer, Alexander Bernhuber und Karin Doppelbauer. Sowie der LFBÖ Präsident Konrad Mylius und der LFBÖ Generalsekretär Martin Kubli.



Im gut besuchten Saal im Stadtpalais Liechtenstein hielt Alexander Bernhuber seine Keynote.



Bei der Diskussion stellte das Publikum zahlreiche Fragen, wie etwa Martin Höbarth von der LK Österreich.



Obmann der Land&Forst Betriebe Niederösterreich, Markus Hoyos, richtete ebenfalls eine Frage an das Podium.



Zu Wort meldete sich auch Nikolaus Draskovich, Obmann der Land&Forst Betriebe Burgenland.



Christian Benger, Obmann der Land&Forst Betriebe Kärnten brachte seine Meinung bei der Diskussion ein.



Eine weitere Anmerkung aus dem Publikum kam von Christian Brawenz.



Bei einem Kaffee wurde der Austausch zwischen Publikum und Podiumsgästen fortgesetzt. Im Bild: Nationalratsabgeordnete Karin Doppelbauer.



Zwei Jahrzehnte Wandel und Veränderung

von Felix Montecuccoli

Im März 2005 trat ich meine Funktion als Präsident der Land&Forst Betriebe an nachdem ich im Team von Stefan Schenker als Vizepräsident für die Landwirtschaft verantwortlich war. Zwei Jahrzehnte bemühte ich mich, die Interessen unserer Mitglieder, ihrer Familien und Mitarbeiter bestmöglich zu vertreten. Zwei Jahrzehnte lang war es mein Ziel, die Rahmenbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zu verbessern, um sicherzustellen, dass es für die Betriebe möglich bleibt, von der Bewirtschaftung ihrer Betriebe leben zu können.

Zu Beginn meiner Präsidentschaft waren die EU und ihr politischer Einfluss, ihre Vorteile und ihre Spielregeln für uns in Österreich ein relativ neues Konzept. Gerade einmal zehn Jahre war Österreich Mitglied der Union und viele der heutigen Strukturen wurden gerade erst geschaffen. Schon damals war klar, die österreichische Landwirtschaft hat innerhalb der EU einen großen Vorbildcharakter. Und auch wenn Forstwirtschaft nicht zu

den gemeinsamen Politiken zählte, und dies auch nach wie vor nicht tut, waren die heimischen Forstbetriebe in der EU und auch international angesehen.

Seit dem Beitritt Österreichs zur EU hat sich national wie auch im europäischen Rahmen vieles verändert. Vor allem sind die Erwartungen und Anforderungen an den Wald und die Landwirtschaft stetig gestiegen. Ob in den Bereichen Natur- und Klimaschutz oder Freizeitnutzung, die heimische Kulturlandschaft muss immer mehr Ansprüchen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene gerecht werden.

In diesem Kontext ist die Europäische Union nach wie vor eine große Chance, jedoch gleichzeitig auch eine große Versuchung. Eine Chance für Frieden, Freiheit und Wohlstand durch einen freien Wirtschafts- und Lebensraum. Eine Versuchung, Probleme wegzuschieben und politische Verantwortung „nach Brüssel“ zu delegieren.

Eine Chance für europaweite Demokratie, aber auch eine Versuchung „einfachen Lösungen“ und Forderungen der lautesten Interessengruppen nachzugeben.

Das derzeit größte Problem, die größte Herausforderung für die Landbewirtschaftung ist der Klimawandel. Nur durch die intelligente Nutzung natürlicher Ressourcen kann das Klimaproblem nachhaltig gelöst werden. Gerade die Land- und Forstwirtschaft ist aber auch am direktesten durch den Klimawandel betroffen. Daher gilt es, unsere Bewirtschaftungskonzepte an den Klimawandel anzupassen, um Teil der Lösung sein zu können. Die Europäische Union wollte mit dem Green Deal einen Lösungsweg definieren, der Emissionen reduziert und dem Klimawandel entgegenwirken soll. Der Green Deal war ein richtiger Ansatz wurde aber im Bereich der Land- und Forstwirtschaft falsch umgesetzt. Das Problem der Umsetzung ist die Einstufung von geerntetem Holz als Emission und die Fixierung auf einen bestimmten Zeitpunkt, in diesem Fall das Jahr 2050. Holz ist aber keine Emission, solange wir es angreifen können und es weder durch Bakterien noch durch Verbrennung CO₂ freigibt! Und Waldentwicklung muss in wesentlich längeren Zyklen gedacht und kalkuliert werden! Wer nur wenige Jahrzehnte betrachtet und nicht weit vorausschaut muss die falschen Schlüsse ziehen. Es ist richtig, dass Europas Wälder in den nächsten 30 Jahren durch Nutzungsverzicht noch viel Kohlenstoff speichern können. Es ist aber grundlegend falsch anzunehmen, dass damit das Klimaproblem gelöst werden kann! Dieser vorübergehend fixierte Kohlenstoff wird jedenfalls wieder mobil und zusätzlich zu dem bis dahin weiter emittierten fossilen Kohlenstoff die Atmosphäre belasten. Die Bilanzen müssen für die Biosphäre gerechnet werden und dürfen nicht auf die Atmosphäre beschränkt bleiben.

Der einzig richtige Weg ist, ab sofort so viel nachwachsende Rohstoffe wie möglich zur Substitution fossiler Rohstoffe einzusetzen und die Nutzung von Sonne, Wind und Wasser als Energiequellen zu maximieren. Gleichzeitig muss die Nutzung fossilen Kohlenstoffs – auch Erdgas – drastisch reduziert werden. Europa hat – noch

– einen Vorsprung bei der Entwicklung erneuerbarer Energiesysteme und in vielen Bereichen der Bioökonomie. Dieser Vorsprung muss weiter ausgebaut und als Grundlage unseres Wohlstandes genutzt werden.

Vor zwanzig Jahren war der Forstwirtschaft in Österreich durch das Forstgesetz ein klar definierter Rahmen für nachhaltige Bewirtschaftung mit ausreichend Ermessensspielraum für lokal angepasste und individuelle Konzepte gegeben. In das Forstgesetz wurden aber auch bei jeder Novelle neue Themen aufgenommen, beginnend 1974 mit dem Betretungsrecht für Erholungszwecke und später die Lebensraumfunktion und Klimaschutzfunktion. Heute muss ich als Waldbesitzer das Forstgesetz, Europäische Natura2000 Gebiete, die Renewable-Energy-Directive, bald auch die Deforestation-Directive und das Nature-Restoration-Law beachten. Ich muss für Zertifizierungen Bestätigungen und Nachweise liefern und werde bald nicht mehr frei entscheiden können, wem ich welches Holz verkaufe. Wenn ich eine Projektfinanzierung brauche bin ich bereits mit der Taxonomie-Verordnung konfrontiert. Ich kann Ihnen aber versichern, dass die Interessenvertretungen und auch die Land&Forst Betriebe Österreich die schlimmsten Bestimmungen in all den Vorschriften verhindern konnten! Die Europäische Politik muss den Menschen Freiheit für Innovationen lassen anstatt durch Bürokratie demotivieren! Die Europäische und nationale Politik muss wieder mehr Eigenverantwortung und Leistung honorieren. Leistungen für den Klimaschutz müssen sich lohnen und dürfen nicht einfach als Baseline für die nächste Runde der Restriktionen herangezogen werden.

Die Europäische Strategie muss sein:

Wohlstand durch Klimaschutz, Bioökonomie und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen anstatt verordnetem Nutzungsverzicht und Wohlstandsverzicht!

Auf einen einfachen Nenner gebracht: „Natur nützen – Natur schützen – Wohlstand schaffen“

Ein Blick zurück: Der europäische Green Deal

von Valerie Findeis

Als Haupttreiber der meisten europäischen Gesetzesmaterien der auslaufenden Legislaturperiode, die die Land- und Forstwirtschaft betreffen, versprach der EU Green Deal die Bewältigung klima- und umweltbedingter Herausforderungen. Dann kam die Umsetzung.

Klimaneutralität bis 2050, nachhaltiges Wirtschaften, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum: Mit diesen Schlagworten wurde das Programm der Kommission von 2019 seitens der europäischen Verbände des land- forst- und holzwirtschaftlichen Sektors zunächst auch als Bekenntnis zu Klimaschutz, Bioökonomie und nachhaltiger Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen begrüßt. Eine „neue Wachstumsstrategie“ verspricht das Programm der ungewöhnlich starken Europäischen Kommission, „mit der die EU zu einer fairen und wohlhabenden Gesellschaft mit einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft werden soll, in der im Jahr 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist“.

Heute, mehr als vier Jahre nach der Veröffentlichung des Programms, ist der anfängliche Optimismus seitens der Land- und Forstwirtschaft nicht mehr spürbar, erfolgte die Umsetzung der Ziele doch meist in überaus bürokratischer und praxisferner Art und Weise. Ausgehend von der EU Biodiversitätsstrategie und dem „Fit for 55“-Paket

zum Thema CO₂-Neutralität wurde ein ganzer Reigen an neuen Regelungen in Angriff genommen. Zum Verfassungszeitpunkt dieses Textes sind im Rahmen des Green Deals 64 Gesetze, Gesetzesrevisionen, Strategien und Aktionspläne verabschiedet worden. 32 weitere stehen kurz vor der Finalisierung und noch einmal 28 wurden als Entwurf vorgelegt. Aus dieser beträchtlichen Anzahl wirken zahlreiche der neuen oder überarbeiteten Materien indirekt oder direkt auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe ein.

Die Stärkung einer integrativen, nachhaltigen Landwirtschaft, die ökonomische, ökologische und soziale Funktionen im Gleichgewicht hält, ist in den diversen Materien meist nicht mehr im Fokus. Tendenziell wird die Vermarktung vieler biobasierter Rohstoffe erschwert und die Rolle der heimischen Kulturlandschaft als Kohlenstoffspeicher und Hort zu schützender Ökosysteme hervorgehoben. Inhaltlich wird dabei mit den vielen Einzelmaterien ein engmaschiges Netz an Legislativen gezogen, das die verschiedensten Teilbereiche reguliert – von Fördermitteln, nachhaltigen Investitionen und Forschungsschwerpunkten über neue Schutzgebiete, Wiederherstellungsmaßnahmen für Ökosysteme, bürokratische Nachweispflichten beim Verkauf bestimmter Produkte, Berechnungsmethoden von Kohlenstoffbilanzen und neuen Monitoringsystemen bis hin zu verschärften Strafen für Umweltdelikte und neue Vorgaben für Betriebsmittel wie Pflanzen, Pestizide und Düngemittel.

Größere Baustellen wie die Anpassung an den Klimawandel, der Ausstieg aus fossilen Rohstoffen, der Umgang mit häufigeren Wetterextremen, die wirtschaftliche Rentabilität der Landbewirtschaftung und die Versorgungssicherheit Europas werden dabei oft mit einem Verweis auf Synergieeffekte abgetan. Gelöst sehen wir diese Probleme durch die bisherige Umsetzung des Green Deals jedoch kaum – in vielen Fällen werden notwendige Maßnahmen eher konterkariert. Ein Beispiel dafür ist das Ziel in der (noch nicht verabschiedeten) EU Wiederherstellungsverordnung, den Kohlenstoffvorrat im Wald kontinuierlich aufzubauen, während man eigentlich gegen überalterte und instabile Waldbestände zu kämpfen hat.

Nicht nur den Landbewirtschaftern gibt der Dschungel an Legislativen Anstoß zur Besorgnis, sondern auch

manchen Mitgliedstaaten. Diese haben die Gesetze zwar mitbeschlossen, stoßen bei der nationalen Umsetzung jedoch häufig an ihre Grenzen. Das zeigte sich zuletzt auch bei der kürzlich verschobenen Abstimmung des Ministerrats zur Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, die voraussichtlich von den Vertretern der Mitgliedstaaten abgelehnt worden wäre.

Wie es mit dem Green Deal und den noch ausstehenden Gesetzesinitiativen in der zweiten Jahreshälfte nach den anstehenden Parlamentswahlen weitergehen wird, ist eine große Unbekannte. Eines ist jedoch klar: Ein großer Teil der Rahmenbedingungen für die heimische Land- und Forstwirtschaft wird in Brüssel entschieden. Der Gang zur Urne am 9. Juni ist hier eine gute Gelegenheit, als Bürgerin oder Bürger die Geschehnisse mitzubestimmen.



Zukunft Europa: Die Rolle der Digitalisierung

von Konrad Mylius

Europa steht an der Schwelle eines bedeutenden digitalen Wandels, der durch fortschrittliche Technologien und eine sich verändernde politische Landschaft vorangetrieben wird. Insbesondere die Land- und Forstwirtschaft in der Europäischen Union erlebt durch die Digitalisierung eine Transformation, die nicht nur die Art und Weise, wie landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe geführt werden, verändert, sondern auch signifikante Auswirkungen auf die Umweltpolitik und die Wirtschaft hat.

Die Digitalisierung der EU wird durch mehrere Initiativen wie den Digitalen Binnenmarkt und die Europäische Datenstrategie vorangetrieben. Diese Strategien zielen darauf ab, grenzüberschreitende Datenflüsse zu erleichtern, digitale Dienstleistungen zu verbessern und die digitale Souveränität Europas zu stärken. Durch die Implementierung dieser digitalen Agenden versucht die EU, eine führende Rolle in der globalen digitalen Wirtschaft einzunehmen.

Die EU-Politik hat sich in den letzten Jahren deutlich auf die Integration digitaler Technologien konzentriert, was insbesondere in Bereichen wie der Land- und Forstwirtschaft spürbar ist. Programme wie der Euro-

päische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und Horizont Europa fördern die Forschung und die Anwendung digitaler Technologien in diesen Sektoren. Dazu gehören beispielsweise der Einsatz von Drohnentechnologie zur Überwachung von Kulturflächen und fortschrittliche Informationssysteme zur effizienteren Wassernutzung.

Der Einsatz digitaler Technologien in der Land- und Forstwirtschaft, oft als „Smart Farming“ bezeichnet, umfasst den Gebrauch von Satellitenbildern, IoT-Geräten (Internet of Things) und künstlicher Intelligenz, um Erträge zu maximieren und Ressourcen effizienter zu nutzen. Diese Technologien ermöglichen es Landwirten und Forstwirten, präzisere Entscheidungen über die Aussaat, Düngung und Ernte zu treffen. Zudem tragen sie zur Nachhaltigkeit bei, indem sie helfen, den Verbrauch von Wasser und chemischen Stoffen zu reduzieren.

Die digitale Transformation bringt auch Herausforderungen mit sich, insbesondere im Hinblick auf Datenschutz und die Sicherheit der eingesetzten Systeme. Zudem besteht die Gefahr einer digitalen Kluft, bei der technologisch weniger entwickelte Regionen möglicherweise nicht Schritt halten können. Gleichzeitig eröffnet die



Digitalisierung neue Märkte und Chancen für landwirtschaftliche Betriebe, die sich anpassen und innovative Technologien einsetzen.

Der digitale Wandel in Europa, insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft, bietet zahlreiche Möglichkeiten für Wachstum, Nachhaltigkeit und Innovation.

Während die EU weiterhin Strategien entwickelt, um diese Veränderungen zu steuern, bleibt es wichtig, dass die Politikgestaltung die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt und eine gerechte technologische Entwicklung fördert. Die Auswirkungen der politischen Wahlen und die daraus resultierenden Gesetzgebungen werden entscheidend sein, um die Richtung zu bestimmen.

Produktionsstandort Europa – Zwischen globaler Verantwortung und Regulierungswahn

von Aurelia Edlinger

Am 21. März hielten die Land&Forst Betriebe nicht nur ihre Vollversammlung ab, sondern veranstalteten im Stadtpalais Liechtenstein zudem eine spannende Fachtagung. Inhaltlich beschäftigte sich die Tagung dabei mit dem Thema „Produktionsstandort Europa - Zwischen globaler Verantwortung und Regulierungswahn“.

Für die umfangreiche Darstellung und Diskussion der Thematik luden die Land&Forst Betriebe dabei hochkarätige Gäste aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ein, die ihre Standpunkte auf dem Podium vertraten und sich den Fragen aus dem Publikum stellten. Als politische Vertreterinnen nahmen der EU-Abgeordnete Alexander Bernhuber (ÖVP) und die Nationalratsabgeordnete Karin Doppelbauer (NEOS) auf dem Podium Platz. Und aus Wirtschaft und Gesellschaft waren der Vizepräsident der European Landowners' Organization (ELO) Max von Elverfeldt, der Generalsekretär der Industriellenvereinigung Christoph Neumayer, sowie der Geschäftsführer von Südwind Konrad Rehling zu Gast.

Das Kernthema des Nachmittags bildete die Politik der europäischen Union in den letzten Jahren, die der Generalsekretär Martin Kubli in seinem Anfangsstatement erläuterte. Mit dem Green Deal hat die europäische Union gezeigt, dass sie ihre Verantwortung in der Welt deutlich verstärken will. Das manifestiert sich auch in zahllosen Strategien, Richtlinien und Verordnungen, die eine globale nachhaltige Entwicklung mit Vorbild Europa zur Folge haben sollen. Die vielen Regelungen stellen

jedoch nicht nur jene vor große Herausforderungen, die mit Europa in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum verflochten sind, sondern vor allem die Europäerinnen und Europäer selbst. Gefühlt werden die Daumenschrauben bei den eigenen Mitgliedsstaaten und bei den Bürgerinnen und Bürgern besonders streng angezogen. Vor allem die Land- und Forstwirtschaft steht im Fokus der Umsetzung und leidet unter den zu guten Teilen praxisfernen Ansätzen und der zusätzlichen Bürokratie.

Im Anschluss an die Eingangsworte von Martin Kubli legten Max von Elverfeldt, Konrad Rehling und Alexander Bernhuber in Keynotes ihre Sichtweise zur momentanen politischen Lage dar. Sie berichteten dabei über ihre Funktionen als Vizepräsident der ELO, als Geschäftsführer von Südwind und als Abgeordneter im Europäischen Parlament. In ihren Standpunkten vertraten sie drei verschiedene Sichtweisen auf die EU-Politik und die Verantwortung der europäischen Staaten im globalen Handlungsraum.

Zunächst erläuterte Max von Elverfeldt seine Position als Vertreter von Landbewirtschaftern und Eigentümern. In seiner Rede hob er hervor, dass es keine Zweifel daran geben würde, dass die Land- und Forstwirtschaft die Ziele des Green Deals, wie Klimaschutz und Biodiversität, inhaltlich unterstütze. Kritik übte er jedoch an der Umsetzung der Ziele. Dazu beschrieb er, dass die Regelungen des Green Deals größtenteils auf den Schultern der Landbewirtschaftler ausgetragen werden. Wichtige

Gesetze und Verordnungen würden zudem auf europäischer Ebene an der Land- und Forstwirtschaft vorbei verhandelt und entschieden. Von Elverfeldt erklärte in diesem Zusammenhang auch die besondere Struktur der EU-Politik und betonte die Bedeutung effektiver Interessensvertretungen, wie der ELO. Zum Abschluss brachte Max von Elverfeldt jedoch seinen Optimismus in Hinsicht auf die zukünftigen Entwicklungen im EU-Parlament deutlich zum Ausdruck:



„Wir hoffen das wir jetzt mit neuem Spiel und eben gemeinsam diesen Green Deal machen. Und wenn wir gemeinsam den Green Deal machen, als Land- und Forstbetriebe, dann wird der auch zum Erfolg führen!“

Konrad Rehling, der Geschäftsführer der NGO Südwind, brachte den Worten von Max von Elverfeldt zunächst Verständnis entgegen und betonte, dass in Ländern wie Österreich natürlich kein Problem mit illegaler Entwaldung herrschen würde. Er appellierte jedoch, dass Regelungen und Verordnungen der EU, wie etwa die Entwaldungsverordnung, darauf abzielen würden, bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen im globalen Süden zu schaffen. Denn die Menschen in diesen Regionen leiden besonders unter den Auswirkungen des Klimawandels, wie Rehling am Beispiel Guatemala erläuterte. In seinen Ausführungen stellte er weiters dar, wie Entscheidungen von Politikern, Unternehmen und Konsumenten in Europa sich direkt auf Menschen auswirken, die in anderen Ländern leben und arbeiten, wie etwa beim Kauf von Kleidung die unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt wird. Abschließend betonte er,



„dass die Lösung der multiplen Krisen nur durch die Übernahme globaler Verantwortung und dementsprechender Rechtsprechung gelingen könne:

„Und der einzige Weg wie wir da herauskommen, sind einheitliche Regeln für alle. Und nur so können wir aus einer Welt der Krisen, der gesellschaftlichen Spaltung auch, oder möglichen gesellschaftlichen

Spaltung, zu einer globalen Gesellschaft kommen, wo diejenigen, die können, die in einer Position sind um Verantwortung zu übernehmen, auch danach handeln.“

Die letzte Keynote, bevor die Diskussion mit dem Publikum eröffnet wurde, hielt EU-Abgeordneter Alexander Bernhuber. Er betonte gleich zu Beginn seine Wertschätzung für die gute Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen und Verbänden, wie den Land&Forst Betrieben. Er unterstrich die Bedeutung des Dialogs mit diesen Gruppen, da sie wichtige Partner im Gesetzgebungsprozess sind und praktische Einsichten liefern. Bernhuber sprach außerdem die aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Green Deal an, insbesondere im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Er erläuterte, dass die Ziele des Green Deals natürlich begrüßenswert sind. Jedoch sei die Umsetzung, welche zur Belastungshürde für die österreichischen Waldbesitzer und Bauern wird, keinesfalls eine angemessene und sinnvolle Lösung, um der Entwaldungsproblematik oder anderen Herausforderungen entgegen zu treten. Nun sei es an der Zeit, mit den Mitgliedsstaaten und in Partnerschaft mit den Betroffenen aus Land- und Forstwirtschaft an Verbesserungen zu arbeiten, um gute, messbare Erfolge vorweisen zu können, erläuterte Alexander Bernhuber weiter. Er hob auch die zentrale Bedeutung der kommenden Wahlen hervor und betonte, dass es keine einfachen Antworten auf komplizierte Sachverhalte geben könne und eine intensive Auseinandersetzung mit den Herausforderungen auch zukünftig notwendig ist. Er schloss seine Ausführungen mit einem Plädoyer für eine europäische Gesetzgebung, die sowohl globale Verantwortung als auch Versorgungssicherheit in Europa gewährleistet:



„Es muss auch unsere Aufgabe sein, dass man sich das ein oder andere Gesetz noch einmal anschaut. Und da manche Rädchen adjustiert, damit man genau das erreicht, was wir auch vorher gehört haben. Unsere globale Verantwortung wahrnehmen, die ganz wichtig ist, die wir alle mitnehmen müssen. Aber wir dürfen nicht vergessen in dem Ganzen, wie wir auch in Europa zukünftig leben können, ohne die Produktion so zu erschweren, dass wir uns nicht mehr selber versorgen können.“



Auf dem Podium v.l.n.r. Moderatorin Maria Harmer, Max von Elverfeldt, Konrad Rehling, Karin Doppelbauer, Alexander Bernhuber und Christoph Neumayer

Um über die darlegte Problematik, nämlich den Produktionsstandort zwischen globaler Verantwortung und Regulierungswahn, zu diskutieren, nahmen in weiterer Folge auch der Generalsekretär der Industriellenvereinigung Christoph Neumayer und die Nationalratsabgeordnete Karin Doppelbauer auf dem Podium Platz. Beide legten in ersten Statements nahe, dass auch sie natürlich den Kampf gegen den Klimawandel sowie den Erhalt der Lebensgrundlage für zukünftige Generationen unterstützen würden. Jedoch gäbe es bei vielen Richtlinien des Green Deals großen Verbesserungsbedarf, sowohl bei jenen die die Land- und Forstwirtschaft betreffen, als auch bei den geplanten Maßnahmen für die Industrie. So führte Karin Doppelbauer etwa aus:

Ergänzend hob Christoph Neumayer zu Beginn der Diskussion hervor:

„Die große Herausforderung die wir haben, wie schaffen wir mehr Pragmatismus in der Umsetzung der Regelungen, wie schaffen wir es, dass wir die Unternehmen besser einbinden, wie schaffen wir es, dass wir in Österreich hier auch Unternehmen tragen können. Und das ist das, was wir glaube ich, gemeinsam bewerkstelligen müssen!“



Bevor die Fragen des Publikums entgegengenommen wurden merkte Konrad Rehling an, dass er sich als Vertreter einer kleinen Organisation, welche im Interesse von unzähligen Menschen handelt, vor allem weiterhin einen ernstgenommenen Dialog sowie einen Blick auf das große Ganze wünscht und das Bürgerinnen und Bürger genauso wie Unternehmen Verantwortung in der Lösung der Klimakrise übernehmen. Max von Elverfeldt hielt diesem Wunsch entgegen, dass er ganz klar an Wirtschaft, Wettbewerb und Gewinnorientierung glaube, denn das sei die Motivation für Menschen. Er ergänzte weiter, dass die Ziele des Green Deals nur über Motivation erreichbar wären und nicht durch Gesetze und Vorgaben alleine. Alexander Bernhuber fügte dieser Aussage hinzu, dass die Umsetzung der Regelungen, wie etwa der Entwaldungsverordnung, jedenfalls im Miteinander und unter Berücksichtigung der Eigentümer erfolgen muss.



„Wenn man selber einen Bauernhof hat und weiß wie die Bestimmungen auch umgesetzt werden sollen, dann ist das nicht möglich. Es ist viel zu bürokratisch! [...] Und genauso auch in der Industrie, wo der Standort Österreich als Gesamtes wirklich im Augenblick gechallenged wird. Und natürlich ist es für die Industrie ein Thema, wenn ich hier die Standortnachteile von hohen Energiekosten, extrem hohen Lohnnebenkosten bis hin zu überbordender Bürokratie habe. Und dann fällt es leicht, Unternehmen in die USA oder woanders hinzuverlegen. Das sind einfach die Konsequenzen, die man mitbedenken muss!“

Aus dem Publikum erklang in weiterer Folge scharfe Kritik an der Entwaldungsverordnung. Die Stimme aus dem Publikum hob dazu hervor, dass sich bei der EUDR nicht nur handwerkliche Fehler eingeschlichen haben, sondern diese insgesamt rechtswidrig ist. Begründet wurde dieses Statement aus dem Publikum damit, dass in diesem Vorhaben klar die Kompetenz der EU überschritten wurde, denn die EU verfüge über keine gemeinsame Forstpolitik, diese obliege stattdessen den Mitgliedsstaaten selbst. Aus dem Publikum wurde dieses Statement mit Applaus quittiert. Ebenfalls aus dem Publikum wurde hervorgehoben, dass noch nie ein Gesetz durch eine so enorme Informationskampagne unterstützt wurde, wie die Entwaldungsverordnung. Jedoch seien die anfänglichen Versprechen, nämlich dass die Verordnung den europäischen Binnenmarkt vor ausländischen Importen schützen soll, nicht eingehalten worden, sondern die europäischen Betriebe wurden selbst mit den enormen Auflagen überhäuft. Den hervorgehobenen Punkten entgegnet Konrad Rehling zunächst, dass er das Prinzip der EUDR, welches nichtdiskriminierend ist und daher auch Europa selbst betrifft, nach wie vor verstehen kann und dass die EU in dieser Form als Erste vorangegangen ist, um sich der Klimakrise zu widmen. Karin Doppelbauer betont in diesem Zusammenhang hingegen ein weiteres Mal, dass die Auswirkungen der Regelungen besonders die heimische Land- und Forstwirtschaft und Industrie zu spüren bekommen. Sie hält fest, dass diese Branchen nun ausbaden müssten, was die Politik davor nicht geschafft habe. Die Lösung sieht sie stattdessen in modernen Freihandelsabkommen und hohen ökologischen und nachhaltigen Standards, um so einen globalen fairen Handel zu ermöglichen, ohne das Unternehmertum gleichzeitig zu töten. Auch Alexander Bernhuber widmet sich in seinen Abschlussworten der vorgebrachten Kritik an der EU. Er hält dazu fest, dass mehr Fachwissen aus der Land- und Forstwirtschaft, auch in Form von motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, nach Brüssel und in die Kommission gebracht werden muss und bittet die Anwesenden dahingehend

auch weiterhin um Unterstützung und einen angeregten Dialog. Max von Elverfeldt unterstützt diesen Ansatz und betont, wie wichtig es ist, dass Vertreterinnen und Vertreter der Branche mit den Abgeordneten und Beamten sprechen, um den Praxisbezug nachhaltig herstellen zu können.

Konrad Mylius, Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich fasste die Diskussion mit seinen abschließenden Worten zusammen: „Ich glaube man hat nach den vielen Diskussionen genau gemerkt, dass wir mit dem heutigen Titel der Fachtagung **„Produktionsstandort Europa - Zwischen globaler Verantwortung und Regulierungswahn“** genau den Puls der Zeit getroffen haben. Ja, die EU ist nicht mehr wegzudenken. Aber, wir haben es heute auch gehört, dass der Frust gegenüber der EU wohl noch nie so groß gewesen ist. In dem Sinne steht Europa an einem Scheideweg. Globale Verantwortung, hohe Standards, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung. Werte, die in der heutigen Zeit, in einer von Ungewissheit geprägten Welt, wichtiger denn je sind. Aber wir sind ganz klar mit einem Regulierungswahn konfrontiert. Und es ist kein Geheimnis, das Europa für seine umfassenden Vorschriften bekannt ist. Diese Regulierungen belasten aber besonders unsere Wettbewerbsfähigkeit und hemmen unsere Innovationen. Es geht nun darum, die Rahmenbedingungen kritisch zu überprüfen, sie müssen zeitgemäß, effektiv und effizient sein. Sie müssen Innovationen fördern, statt sie zu hemmen. Und sie müssen die Herausforderungen nicht nur von gestern, sondern vor allem von morgen bewältigen. Es braucht also eine Politik mit Hausverstand und am besten mit Naturverstand! Denn nur so können wir unser Ziel, die österreichischen Wälder und Felder als betriebliche Grundlage und gesellschaftlichen Mehrwert zu erhalten, erreichen!“



Bedeutung der forstwirtschaftlichen Biomasse am Energiemix

von Kasimir P. Nemestothy & Martin Wette, LK Österreich

Bioenergie auf der Basis von Holz ist auf globaler, europäischer und nationaler Ebene die wichtigste erneuerbare Energieressource

Haben Sie schon einmal im Freundeskreis die Frage gestellt: „Was ist die wichtigste erneuerbare Energieressource?“ Die Antwort, die Sie bekommen, ist leider häufig falsch. Nur wenige wissen, dass Bioenergie auf Basis von Holz auf allen Betrachtungsebenen – Global, EU27 und Österreich – der wichtigste erneuerbare Energieträger ist. Ein Grund für die Fehleinschätzung der großen Bedeutung von Holzenergie ist die Verwechslung des übergeordneten Begriffes „Energie“ mit dem Teilbereich „elektrische Energie“, der nur etwa 20% des Endenergiebedarfs abdeckt. Da 80% des Endenergiebedarfs durch „nicht-elektrische Energie“ für den Wärme und Mobilitäts- bzw. Traktionsbedarf bedeckt werden müssen, haben biogene Energieträger einen entscheidenden Vorteil: sie können in allen Teilbereichen des Endenergiebereiches eingesetzt werden. Daher dominieren sie auch das Portfolio der Erneuerbaren.

Österreich gehört durch nachhaltige Bioenergienutzung zu den EU-Vorreitern bei erneuerbarer Energie

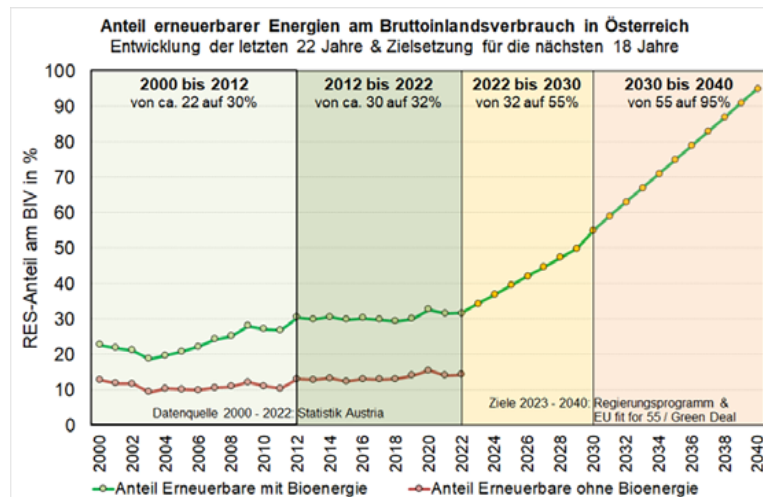
Österreich verfügt über ein Vorzeigemodell für „Good

practice“ bei Bioenergie mit internationaler Technologieführerschaft von der nachhaltigen Wald- und Landbewirtschaftung über die Logistiksysteme bis zur Anlagentechnik und ist in diesem Bereich weder von Russland noch von China abhängig.

Österreich hat seit den 80er-Jahren die Bioenergienutzung verfünffacht und gleichzeitig den Holzvorrat erhöht. Durch die jahrzehntelange erfolgreiche Weiterentwicklung der energetischen Biomassennutzung gehört Österreich in der EU27 zu den Vorreiterländern beim Erneuerbaren-Anteil am Endenergieverbrauch (TOP 7 = SE, FI, LV, DK, EE, PT, AT).

Widerspruch im „fit-4-55“-Regelwerk der EU durch ambitionierte Zielvorgaben für den Erneuerbaren-Anteil bis 2030 und neue Barrieren gegen den Bioenergieausbau

Die EU strebt die Verdoppelung des Erneuerbaren-Anteiles von derzeit ca. 23% auf mindestens 42,5% bis 2030 an. Um die obligatorischen Zielvorgaben der im Rahmen des „fit-4-55“-Paketes beschlossenen und im Jahr 2023 in Kraft getretenen EU-Richtlinien und -Verordnungen erfüllen zu können, muss Österreich das „Ambitions-



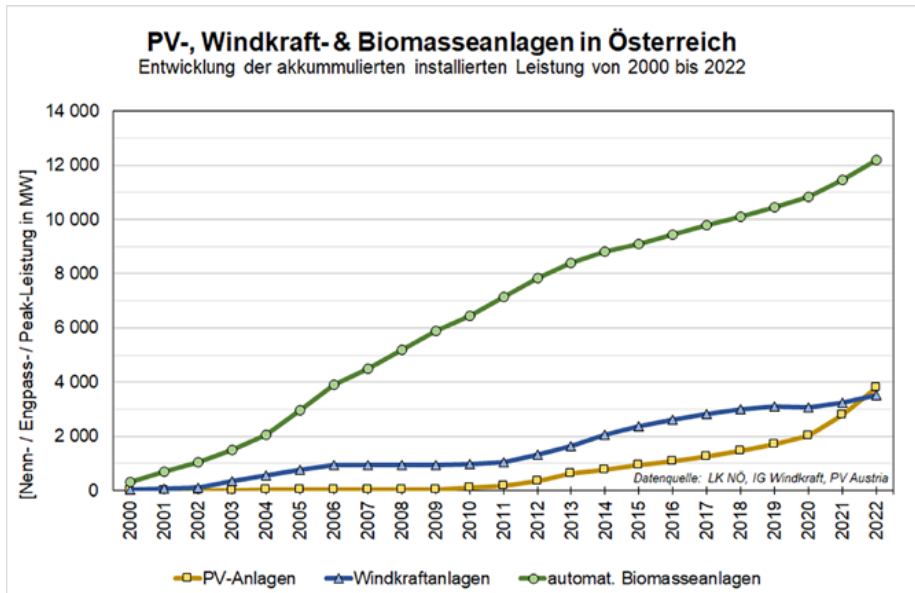
niveau" beim Ausbau aller erneuerbaren Energietechnologien und bei der Reduktion des Gesamtenergiebedarfs vervielfachen. Österreich müsste zur Erfüllung der EU-Vorgaben bis 2030 (innerhalb von 6 bis 7 Jahren) den Anteil erneuerbarer Energie am Endenergiebedarf von derzeit ca. 34% auf ca. 60% erhöhen.

Mit den überaus ambitionierten EU-Zielen für den Erneuerbaren-Ausbau werden aber leider durch das umfangreiche „fit-4-55“-Regelwerk gleichzeitig auch die Handbremsen für die Nutzung biogener Energieträger durch neue administrative Barrieren angezogen. Österreich läuft daher Gefahr, durch die Verzögerung des Ausbaus biogener Energieträger in allen Anwendungsbereichen (Wärme, Treibstoffe, Strom) die EU-Ziele für 2030 zu verfehlen. Das Climate-Hub des Bundesministeriums für Finanzen schätzt in Übereinstimmung mit dem Rechnungshof das Budgetrisiko bei Verfehlung der EU-Klima- und Energieziele auf ca. 4,5 Mrd. €/a ein. Allfällige Strafzahlungen bei Zielverfehlung wären ohne jeglichen nationalen Wertschöpfungseffekt, daher müssen die Hebel zur Steigerung aller erneuerbaren Energietechnologien und zur gleichzeitigen Senkung des Energiebedarfs durch Effizienzmaßnahmen durch

geeignete Rahmenbedingungen rasch in Bewegung gesetzt werden. Neue Bürokratiemonster durch das umfangreiche EU-Regelwerk müssen jedenfalls vermieden werden.

Biogene Energieträger sind für die Energiewende unverzichtbar

Eine erhebliche Herausforderung für die Energiewende von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern ist der saisonübergreifende Ausgleich der im Sommerhalbjahr (Überschuss – Abwurf von PV-Anlagen aus dem Netz bzw. negative Strompreise) und Winterhalbjahr (Mangel – Stromimport aus Kohle- und Atomkraftwerken bzw. hohe Strompreise) unterschiedlich verfügbaren Energiemengen (MWh). Da auch unsere Nachbarländer in erster Linie den Ausbau von PV-Anlagen vorantreiben und tlw. Kohle- und Atomkraftwerke zurückfahren, verschärft sich diese Saisonproblematik in der gesamten EU. Biogene Energieträger sind die kostengünstigsten saisonübergreifenden „Sonnenenergiespeicher“, an die Genialität der Photosynthese kommt kein anderes saisonübergreifendes Speichersystem für erneuerbare Energien heran (Pumpwasserkraftwerke = Stunden-, Tages- und Wochenspeicher | Batterien = Stundenspeicher).



Biomasseanlagen:
1.500 bis 7.000
Volllaststunden

PV-Anlagen
900 bis 1.000
Volllaststunden

Windkraftanlagen
1.800 bis 2.200
Volllaststunden

Risikante Importabhängigkeit der EU27 bei fossilen Energieträgern weiter verschärft

Die aktuellen Daten der Energiebilanzen zeigen, dass sowohl die gesamte EU27 als auch Österreich ca. 70% des Bruttoinlandsverbrauchs (BIV) durch fossile Energieträger bedecken, die zu mehr als 80% aus Drittländern importiert werden müssen.

Der Handlungsbedarf zum Ausbau aller erneuerbarer Energietechnologien zur Reduktion des fossilen Energieträgereinsatzes ist daher in der EU27 nicht nur aus dem Blickwinkel der Klimapolitik, sondern insbesondere auch zur Steigerung der Energieversorgungssicherheit von höchster Dringlichkeit.

Die riskante Abhängigkeit der Energieversorgung in der EU27 vom Import fossiler Energieträger aus politisch instabilen Regionen hat sich in den letzten Jahren und Monaten dramatisch verschärft. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine wird von Russland seit mehr als 2 Jahren mit aller Härte weitergeführt, zusätzlich ist seit Oktober 2023 der Nahe Osten durch den brutalen Terrorangriff der Hamas auf Israel zu einem unberechenbaren Pulverfass geworden. Inzwischen sind auch wichtige globale Handelsrouten wie der Suezkanal von den kriegesischen Auseinandersetzungen betroffen.



Nachgefragt bei EU-Kandidat Alexander Bernhuber

Naturverstand Redaktion

Sehr geehrter Herr Bernhuber, Sie treten als Spitzenkandidat des Ländlichen Raumes und auf ÖVP-Listenplatz 3 für die EU-Wahl am 9. Juni an. Was zeichnet Sie aus, um eine starke Stimme für die ländliche Bevölkerung im EU-Parlament in Brüssel zu sein?

Alexander Bernhuber: Ich bin mitten in Europa am Land aufgewachsen, und genau dort ist die Zukunft – bei uns daheim, in unseren ländlichen Regionen! Wir müssen Europa mitgestalten – für die Menschen in unseren Gemeinden, in unserem Land, in Österreich. Mir ist wichtig, Anliegen beim Namen zu nennen und anzupacken, damit etwas weitergeht. Auch künftig möchte ich Ihnen eine starke Stimme sein, Lösungen bieten und Zukunftsperspektiven schaffen. Dazu brauchen wir gesunden Optimismus und einen klaren Fokus auf unsere Stärken, die wir in Europa einbringen können: Bürgernähe, Vernunft, Einsatz für wirtschaftliche Entwicklung, Frieden und Sicherheit.

Sie haben bereits eine Periode im EU-Parlament mitgewirkt. Was sind Ihrer Meinung nach die größten Errungenschaften, die Sie für die Land- und Forstwirtschaft erreichen konnten und welche Ziele setzen Sie sich für die nächsten fünf Jahre?

Alexander Bernhuber: 2019 haben wir damals noch unter ganz anderen Vorzeichen die Eckpunkte des Green Deals mit dem großen Ziel, Klimaneutralität in Europa bis 2050 beschlossen. Seitdem hat sich aber vieles geändert: COVID und der Krieg in der Ukraine haben aufgezeigt, auf welchem teils fragilen Fundament viele

Lieferketten aufgebaut sind und wie wichtig regionale Versorgung, egal ob mit Lebensmitteln oder Energie, ist. Jetzt braucht es den Blick nach vorne: Die Europäische Union ist Spitzenreiter, wenn es um nachhaltigen Umweltschutz und hohe Produktionsstandards geht. Diese hohen Standards müssen aber auch in anderen Teilen der Welt gelten.

Gerade in den letzten Monaten ist uns doch einiges gelungen: die Versorgungssicherheit ist endlich ganz oben auf der Prioritätenliste der EU, der Schutzstatus des Wolfes wird endlich evaluiert und wir haben als ersten Schritt die verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Honig umgesetzt. Mit vereinten Kräften haben wir das völlig überzogene Pflanzenschutzgesetz abgewehrt und Erleichterungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik durchgesetzt. Für die Zukunft muss das Ziel eine echte Kurskorrektur sein, mit weniger bürokratischem Klein-Klein und vollem Fokus auf einen starken Produktions- und Wirtschaftsstandort Europa.

In Anbetracht der wachsenden Bedeutung der künstlichen Intelligenz in der Land- und Forstwirtschaft und deren Steigerung in der Effizienz und Nachhaltigkeit, welche spezifischen Initiativen/Programme plant die Europäische Union, um die Einführung moderner Technologien zu fördern?

Alexander Bernhuber: Gerade im Bereich der Land- und Forstwirtschaft müssen wir mit offenen Augen auf das Thema künstliche Intelligenz zugehen. Konkrete Initiativen umfassen die Förderung von Forschung

und Entwicklung, die Schaffung von Partnerschaften zwischen Industrie und Forschungseinrichtungen sowie gezielte Schulungen für Landwirte und Waldbesitzer. Mit der „Innovation Farm“ in Wieselburg haben wir hier ein Vorzeigeprojekt in Österreich, um neueste Technologien für den Praxiseinsatz zu testen.

Gerade in Österreich ist die Land- und Forstwirtschaft durch Familienbetriebe geprägt, welche seit Generationen die heimischen Flächen bewirtschaften und die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und der nachwachsenden Ressource Holz gewährleisten. Welche Themen werden Ihrer Meinung nach die Land- und Forstwirtschaft in den nächsten Jahren prägen und wie wollen Sie sich dafür einsetzen, die heimischen Betriebe fortlaufend zu unterstützen um ihre Position innerhalb Europas auch weiterhin zu stärken?

Alexander Bernhuber: Die Land- und Forstwirtschaft in Österreich steht vor vielfältigen Herausforderungen und Chancen. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder gesehen wie Eigentum direkt, oder indirekt angegriffen wurde. Die drohenden Verpflichtungen zur Stilllegung oder Außernutzungsstellung, wie zum Beispiel im Gesetz zur Wiederherstellung der Natur vorgeschlagen, wäre ein massiver Eingriff in unsere Eigentumsrechte gewesen. Ich setze mich dafür ein, dass auch zukünftig unsere Familienbetriebe durch gezielte Förderungen und Unterstützung einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft gestärkt werden.

Die Forstwirtschaft steht in Zeiten des Klimawandels vor riesigen Herausforderungen (Borkenkäfer, Sturmschäden, Dürre). Gleichzeitig steht sie in der Zwickmühle zwischen der Notwendigkeit, im Sinne der Energiewende und der Wertschöpfung nachhaltig Holz zu produzieren und andererseits dem Druck von Umwelt-NGOs, große Flächen außer Nutzen zu stellen.

Wo sehen Sie die Prioritäten und wie werden Sie diese in Brüssel vertreten?

Alexander Bernhuber: Die Priorität liegt in einer ganzheitlichen Betrachtung, die sowohl wirtschaftliche als auch ökologische Aspekte berücksichtigt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir die Wälder nachhaltig bewirtschaften, um ihre langfristige Gesundheit und Produktivität zu gewährleisten. Dazu gehört die Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und die Stärkung der Resilienz unserer Wälder. Gleichzeitig müssen wir die Wertschöpfung aus dem Holzsektor steigern, indem wir innovative Technologien und neue Absatzmöglichkeiten ausloten. Ebenso müssen wir durch fundierte wissenschaftliche Erkenntnis noch besser auf die Wichtigkeit einer aktiven Waldbewirtschaftung hinweisen.

Die EU verabschiedete gerade in der letzten Periode umfassende Verordnungen, welche die Land- und Forstwirtschaft maßgeblich betreffen. Viele Landbewirtschaftler fühlen sich dabei in ihren Anliegen nicht gehört. Wie möchten Sie den Dialog zwischen Landbewirtschaftern, Umweltschutzorganisationen, Verbrauchergruppen und Politik fördern, um gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen der Land- und Forstwirtschaft zu finden?

Alexander Bernhuber: Der Dialog zwischen Landbewirtschaftern, Umweltschutzorganisationen, Verbrauchergruppen und der Politik ist von entscheidender Bedeutung, um tragfähige Lösungen für die Herausforderungen der Land- und Forstwirtschaft zu finden.

Ein wichtiger Schritt wäre zum Beispiel die Einrichtung von regelmäßigen Foren oder Arbeitsgruppen, in denen Vertreter der verschiedenen Interessengruppen zusammenkommen können, um Probleme zu diskutieren, Informationen auszutauschen und gemeinsame



© Alex Bernhuber

Lösungsansätze zu erarbeiten. Denn, ich bin überzeugt nur durch Dialog und mit gegenseitigem Respekt, können wir diese Gräben, die in den letzten Jahren entstanden sind, wieder zuschütten.

Die Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen liegt meist unter 50 Prozent. Was ist Ihr Appell an die Bürgerinnen und Bürger – warum ist jede einzelne Stimme wichtig?

Alexander Bernhuber: Weil Europa uns alle angeht. Viele wichtige Fragen die uns in direkt oder indirekt betreffen werden in Brüssel entschieden. Bei der Europawahl am 9. Juni entscheidet jeder von uns mit wie die Mehrheiten für die kommenden fünf Jahre im Europaparlament aussehen und welche Anliegen dort vertreten werden.

Meine Erfahrung in den letzten Jahren hat gezeigt, dass Abstimmungen im Parlament oft nur mit wenigen Stimmen Mehrheit entschieden – und auch einzelne Abgeordnete viel bewegen können wenn sie einen starken Rückhalt haben. Darum kann ich nur alle einladen von Ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen und den oder die Abgeordneten ihres Vertrauens mit einer persönlichen Vorzugsstimme zu stärken.

Was bedeutet für Alexander Bernhuber die Europäische Union?

Alexander Bernhuber: Die Europäische Union bedeutet für mich eine starke Gemeinschaft die uns Zukunftschancen und Sicherheit auch in unruhigen Zeiten bietet. Die Europäischen Union war immer dann am stärksten wenn sie sich auf das Wesentliche fokussiert hat, nämlich die großen Probleme anzugehen, die wir auf regionaler oder nationaler Ebene nicht lösen können, wie z.B. der gemeinsame Schutz unserer Außengrenzen oder die Stärkung des gemeinsamen Binnenmarkts. Am Ende geht es doch vor allem um Beschäftigung, Wohlstand, Sicherheit und Zukunftsperspektiven für alle - und genau dafür möchte ich mich einsetzen.

Verraten Sie uns abschließend noch Ihren persönlichen Leitsatz?

Alexander Bernhuber: Mein Leitsatz ist: Besser mit am Verhandlungstisch sitzen, als am Rand stehen und kritisieren. Ich will anpacken, dieses Europa besser machen und mitgestalten und es nicht den Extremen, Blendern und Jammeranten überlassen. Dafür steht zu viel auf dem Spiel für uns alle.



Josephine (28 Jahre)

” Als junge Europäerin wünsche ich mir bei aktuellen Herausforderungen eine schnellere Umsetzung von Lösungen. Die Bearbeitung von wesentlichen Themen scheint oftmals sehr lange zu dauern. Hier wäre ein klarer Fokus auf zentrale Anliegen wünschenswert! Außerdem ist Österreich in vielen Belangen, vor allem beim Naturschutz, ein Vorzeigeland welches als gutes Beispiel für andere Länder dienen sollte. In Zukunft würde ich mich über mehr Hausverstand in der Europapolitik freuen!



Alexander (29 Jahre)

” Die EU ist ein sehr erfolgreiches Friedensprojekt, welches den Wirtschaftsraum Europa vereint und gestärkt hat. Als junger Mensch bin ich begeistert von dieser Idee und wünsche mir oft mehr Unterstützung für die EU. Denn in den letzten Jahren ist das Vertrauen in die Union in vielen Teilen der Bevölkerung stark gesunken. Nun ist es an der Zeit, dieses Vertrauen wieder herzustellen! Dazu braucht es aber auch vernünftige Verordnungen der EU, deren Spielregeln sich nicht ständig ändern und welche die Planungssicherheit in der Landwirtschaft weiterhin gewährleisten.



Antonia (32 Jahre)

” Als Betriebsführerin wünsche ich mir mehr Unterstützung für die Forstwirtschaft. Die Eigenverantwortung der Betriebe sollte gestärkt werden, um die Versorgung mit nachhaltigen Ressourcen, wie etwa Holz, langfristig zu sichern. Zudem braucht es ein klares Bekenntnis zum Schutz des Eigentums. Nur unter diesen Voraussetzungen kann in Zukunft die Übernahme und Führung von über Generationen hinweg geführten Familienbetrieben gesichert werden.



Maximilian (27 Jahre)

” Ich erwarte mir von der EU mehr Handlungsspielraum insbesondere im Bereich der Land- und Forstwirtschaft welcher anstatt Überregulierung auf den Hausverstand der erfahrenen und bestens gebildeten Land und Forstwirte setzt. Ich möchte eine EU die mich in meiner zukünftigen Rolle als Verwalter von Naturräumen unterstützt. Außerdem erwarte ich mir von der EU Einheit und Stärke in Sachen Sicherheit und Frieden, meiner Meinung nach eine der wesentlichen Aufgaben der Europäischen Union.



Jana (25 Jahre)

” Für die nächste Legislaturperiode der EU wünsche ich mir mehr Handlungsspielraum, faire Marktbedingungen und bürokratische Entlastung für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Oft bekommt man das Gefühl, dass viele der Verordnungen auf einem sehr theoretischen Niveau ausgearbeitet werden, ohne die tatsächliche praktische Umsetzung mitzudenken. Ich finde, es ist notwendig, mehr Menschen aus der Praxis für eine Mitarbeit in der EU zu begeistern, um auch in der Politik einen Bezug zur Realität der Land- und Forstwirtschaft herzustellen!



Nursena (26 Jahre)

” Viele Vorschläge der Europäischen Union präsentieren sich als Einheitslösung, welche die Unterschiede der einzelnen Mitgliedsstaaten nicht berücksichtigen. Ich würde mir daher mehr Diversität auf allen politischen Ebenen wünschen, ob bei den Mitarbeitenden oder den konkreten Verordnungen und Gesetzen. Die EU sollte hier die Vielfalt Europas und die Einzigartigkeit ihrer Kulturlandschaft mitdenken, um diese bestmöglich für die nächsten Generationen zu erhalten.

Spitzenkandidaten im Kurzporträt



Reinhold Lopatka, Spitzenkandidat der ÖVP

Reinhold Lopatka war im Steiermärkischen Landtag (2000-2003) und im Nationalrat Klubobmann der ÖVP (2013-2017), Staatssekretär (2007-2013) in drei Ministerien (Bundeskanzleramt, Finanz- und Außenministerium) und Generalsekretär der ÖVP (2003-2007). Für die Europawahl 2024 ist er ÖVP-Spitzenkandidat.



Andreas Schieder, Spitzenkandidat der SPÖ

Andreas Schieder wurde am 16.4.1969 in Wien geboren. Er studierte Volkswirtschaft und zog 2006 als Abgeordneter in den Nationalrat ein, wo der passionierte Außenpolitiker Obmann des Außenpolitischen Ausschusses wurde. Er war zunächst als internationaler Sekretär der SPÖ und später als Staatssekretär im Bundeskanzleramt, dann im Finanzministerium tätig. Ab Oktober 2013 SPÖ-Klubobmann, von November 2017 bis Oktober 2018 gf. SPÖ-Klubobmann. Er ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments und Leiter der SPÖ-Delegation im EU-Parlament. Seit 2014 ist der begeisterte Sportler (Wandern, Skifahren, Mountainbiken) auch Präsident der Naturfreunde Österreich.



Harald Vilimsky, Spitzenkandidat der FPÖ

Harald Vilimsky wurde am 22. Juli 1966 in Wien geboren, wo er die Handelsakademie und später einen Hochschullehrgang für Öffentlichkeitsarbeit an der Universität Wien absolvierte. Seine politische Karriere begann Harald Vilimsky als Pressereferent im FPÖ-Parlamentsklub. Er übernahm verschiedene Positionen innerhalb der FPÖ, einschließlich des Bezirksparteiobmanns der FPÖ in Wien/Mariahilf und des Generalsekretärs der FPÖ. Zusätzlich war Harald Vilimsky auch auf Bundesebene aktiv, unter anderem als Mitglied des Bundesrates und als Abgeordneter zum Nationalrat von 2006 bis 2014. Im Juli 2014 trat Harald Vilimsky dem Europaparlament bei, wo er weiterhin seine politische Arbeit fortsetzt.



Lena Schilling, Spitzenkandidatin der Grünen

Lena Schilling ist 23 Jahre alt und gebürtige Wienerin. Als Aktivistin hat sie sich in den letzten Jahren für Umwelt- und Klimaschutz engagiert – zuerst mit Fridays For Future und dann mit der Initiative „Lobau bleibt“. Ende Jänner hat sie bekannt gegeben, dass sie als Spitzenkandidatin der Grünen für die Europawahl kandidieren möchte. In ihrem aktivistischen und politischen Engagement steht sie für sozialgerechte und mutige Politik – für den Umweltschutz und für die Menschen.



Helmut Brandstätter, Spitzenkandidat der NEOS

Helmut Brandstätter (geboren 1955) ist NEOS-Spitzenkandidat für die Europawahl. Seit 2019 ist er Nationalratsabgeordneter und Sprecher für Außenpolitik sowie Forschung, Innovation und Technologie. Seinen Weg in die Politik fand er nach vielen Jahren als Journalist, insbesondere beim ORF (als Korrespondent in Bonn und Brüssel sowie Leiter des Report). Er war außerdem CEO des deutschen TV-Senders n-tv und hat in Österreich PulsTV mitgegründet. 2010-2019 war er Chefredakteur der österreichischen Tageszeitung Kurier. Brandstätter hat mehrere Bücher geschrieben, das letzte mit dem Namen „Erlebtes Europa“.

Nachgefragt bei politischen Spitzenkandidaten der EU-Wahl 2024

Die
Volkspartei

SPÖ



Reinhold Lopatka



Andreas Schieder

AGRARPOLITIK

Das Bild der protestierenden Landwirte hat sich bei vielen Menschen eingepreßt. Wo liegen Ihrer Einschätzung nach die wichtigsten Sorgen der Landwirtinnen und Landwirte und wie würden Sie in Ihrer Funktion darauf reagieren?

Vielerorts fehlen die Wertschätzung und das Verständnis für die vielfältigen Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte. Hinzu kommt eine ideologisch geleitete öffentliche Erwartungshaltung an den Sektor, die mit der Realität oft nicht übereinstimmt. Das Ergebnis ist ein Zuwachs an ausufernden bürokratischen Vorgaben und überschießenden rechtlichen Auflagen, die im Green Deal einen neuen Höhepunkt gefunden haben. Vor diesem Hintergrund ist der Unmut unter den europäischen Landwirtinnen und Landwirten und der Ruf nach Bürokratieabbau sowie nach mehr Hausverstand nachvollziehbar. Deshalb werde ich mich in meiner Funktion im Europäischen Parlament für eine Kurskorrektur der EU-Politik einsetzen, hin zu einer Politik mit mehr Augenmaß und Praxistauglichkeit.

Die Sorgen der Menschen sind ernst zu nehmen. Kein Verständnis habe ich aber für Randalenakte wie brennende Autoreifen. Viele Landwirt:innen tun viel und wollen noch mehr tun, um die anstehenden Probleme und Herausforderungen wie den Klimaschutz in Angriff zu nehmen - die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Wir müssen darauf achten, dass manche Forderungen von Bauernvertreter:innen, die jetzt im Raum stehen, auch für die Landwirtschaft langfristig ein Schaden für Bauern und Bäuerinnen und ihre Familien sein könnten. Hier sehe ich eine große Verantwortung für die Interessensvertreter:innen der Landwirt:innen. Es geht nicht um kurzfristigen Populismus, sondern um eine Verbesserung der Lebensgrundlage für uns alle.



Harald Vilimsky



Lena Schilling



Helmut Brandstätter

Die Politikgestaltung auf EU-Ebene hat dazu geführt, dass seit 2010 jeder 9. Landwirt in Österreich seinen Betrieb schließen musste weil sich die tägliche, harte Arbeit wirtschaftlich nicht mehr lohnt. Die bürokratischen Herausforderungen, Vorgaben und Einschränkungen führen dazu, dass Bauern nicht mehr Land- und Forstwirtschaft effizient betreiben können, sondern Vorgaben erfüllen müssen, die von EU-Bürokraten fernab der Realität getroffen werden. Diese Entwicklung muss wieder umgekehrt und die tatsächliche Situation der Landwirte beachtet werden.

Bäuerinnen und Bauern können oft nicht von ihrer schweren und wertvollen Arbeit leben. Denn die Marktmacht liegt bei großen Handels- und Lebensmittelkonzernen, und Förderungen werden vor allem nach der Fläche bemessen. Die Politik muss hier für Fairness sorgen, etwa durch stärkere Verbote von unlauteren Handelspraktiken und Umschichtung der Fördermittel: Wir wollen eine Förderung von ökologischem Mehrwert und von Arbeitszeit statt nach Fläche. Für importierte Produkte sollen dieselben Standards gelten wie für europäische Produkte. Das sorgt für faire Einkommen für Bäuer:innen und für eine ökologische, zukunftsorientierte Landwirtschaft.

Landwirtinnen und Landwirte wollen in erster Linie, dass sie besser von ihrer Arbeit leben können, als dies derzeit der Fall ist. Im Nationalrat weisen wir immer wieder darauf hin, dass die Einkommen der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung in Österreich nur knapp über dem EU-Durchschnitt liegen, aber weit hinter Deutschland oder Frankreich. NEOS fordern, dass die Land- und Forstwirtschaft einen gerechten Anteil an der Wertschöpfungskette zukommen soll. Gleichzeitig muss die Regierung die Betriebe dabei unterstützen, die Transformation hin zu einer nachhaltigen und klimabewussten Land- und Forstwirtschaft durch eine praxisnahe und unbürokratische Umsetzung des EU Green Deal Pakets möglich zu machen.

Die
Volkspartei

SPÖ

AGRARPOLITIK

Das Thema Laborfleisch und Gentechnik wird heiß diskutiert. Wie stehen Sie dazu und welche Maßnahmen braucht es bei diesem Thema auf europäischer Ebene?

Zu sogenanntem kultiviertem Fleisch gibt es bisher keine umfassende Folgenabschätzung über die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder unsere Umwelt aber auch auf die Ernährungssouveränität der EU. Industrielles Laborfleisch steht im Widerspruch zu unseren bäuerlichen Familienbetrieben und unserer natürlichen Lebensmittelproduktion. Vor einer Zulassung auf europäischer Ebene muss jedenfalls über eine ausreichende und klare Kennzeichnung gesprochen werden.

Österreichs Landwirtschaft ist im Anbau gentechnikfrei, diese Vorreiterrolle müssen wir weiter absichern, dafür werde ich mich auf Europäischer Ebene konsequent einsetzen. Rund 28 Prozent der österreichischen Landwirte sind Bio-Betriebe. Darum ist die nationale Selbstbestimmung entscheidend. Wir wollen, dass die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) bleibt, und dass Bio-Produkte auch weiterhin frei von genetisch veränderten Organismen bleiben können.

Bei Laborfleisch und Gentechnik ist das Vorsorgeprinzip, das eines der wichtigen Prinzipien der EU darstellt, zu beachten. Die Neue Gentechnik darf nicht ohne Kennzeichnung, Risikoabschätzung und Nachweisbarkeit auf unseren Tellern landen. Laborfleisch muss das strenge Zulassungsverfahren auf EU-Ebene durchlaufen. Lebensmittelsicherheit muss gewährleistet sein.



Einerseits würde künstlich gezüchtetes Laborfleisch die kleinstrukturierte und regionale Lebensmittelproduktion zerstören, andererseits stellt diese naturferne Nahrungsmittelindustrie eine Gefahr für die Konsumenten dar, da wir die gesundheitlichen Auswirkungen noch nicht abschätzen können. Und deshalb sagen wir Freiheitliche ganz klar „Nein zum Laborfleisch“.

Bei Fleisch aus Zellkulturen sehen wir die geltenden Regeln als ausreichend: Es muss entsprechend der Verordnung über Neuartige Lebensmittel zugelassen werden. So können mögliche Umwelt- und Gesundheitsrisiken geprüft und Bezeichnungsvorschriften gemacht werden.

Bei der Neuen Gentechnik (NGT) steht zur Debatte, dass das bestehende Zulassungsverfahren größtenteils abgeschafft werden soll – das lehnen wir ab. Denn damit würden Umwelt- und Gesundheitsrisiken kaum geprüft, es droht eine Patentflut auf Saatgut, und ein Entfall der Kennzeichnung von NGT-Lebensmitteln. Wir wollen die bewährten Regeln für Zulassung, Risikoprüfung und Kennzeichnung beibehalten.

NEOS sind für die Entwicklung von Fleischersatzprodukten nach Maßgabe der Novel-Food-Verordnung, um Produktion und Konsum von Billigprodukten und Tierleid zu reduzieren. Wir wollen keine Bevormundung der Konsument:innen, sondern dass diese auf Basis ausreichender Informationen bewusste Konsumententscheidungen treffen können.

Neue Technologien, wie die Anwendungen der grünen Gentechnik (Anbau), dürfen nur zum Wohle des Menschen und der Umwelt erfolgen. NEOS ist aber wichtig, dass die Tür offen ist für einen wissenschaftlich fundierten Zugang in der EU. Gleichzeitig treten wir für ein klares gesetzliches Selbstbestimmungsrecht für Österreich und andere EU-Staaten beim Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen ein.



Die Volkspartei



WALD- UND FORSTWIRTSCHAFT

Die EU hat in der vergangenen Periode sehr viele Verordnungen erlassen, welche sich in der Umsetzung in den Mitgliedsstaaten als praxisuntauglich erweisen. Sehen Sie konkreten Bedarf Verordnungen wie z.B. die EUDR und das NRL zu reparieren und wenn JA wie?

Es besteht großer Bedarf nach klaren Leitlinien für die Umsetzung und Einhaltung von Vorschriften, hier ist die Europäische Kommission am Zug. Eine wichtige Frage ist auch, wie die Verordnung in Ländern wie Österreich praxisnahe umgesetzt werden soll, angesichts der Tatsache, dass die Waldfläche in den letzten 50 Jahren in Österreich um insgesamt 330.000 Hektar zugenommen hat und daher keine Entwaldung stattgefunden hat. Deshalb braucht es eine klare Ausnahmeregelung für Länder wie Österreich, die de facto kein Entwaldungsproblem haben.

Die Initiative, ein Inkrafttreten der EUDR zu verhindern, beziehungsweise das Vorhaben aufzuweichen und wesentlich längere Übergangsfristen auszuhandeln, obwohl Österreich der Verordnung bei der Beschlussfassung zugestimmt hat und gerade Kleinbauern und Privaten schon durch längere Übergangszeiten und verminderte Dokumentationsverfahren entgegengekommen wurde, hat bei anderen Mitgliedsstaaten und Umweltschutzorganisationen für Irritation gesorgt. Eine wirksame und lückenlose Kontrolle der Einhaltung der Entwaldungsverordnung ab 2025 würde die heimische, eher kleinstrukturierte Landwirtschaft, tendenziell stärken. Das in Österreich zuständige Bundesamt für Wald gab zuletzt auf Anfrage an, dass man bislang noch nicht einmal ermittelt habe, wie viele Stellen für die Vollziehung notwendig seien.

WALD- UND FORSTWIRTSCHAFT

Forstpolitik ist keine EU-Kompetenz. Dennoch greifen immer mehr Verordnungen und Gesetze direkt in die Forstpolitik der Nationalstaaten ein. Wie stehen Sie dazu, dass hier das Subsidiaritätsprinzip eindeutig umgangen wird und wie können solche demokratiepolitischen Prozesse zukünftig gestaltet werden, um das Vertrauen in die EU wieder zu stärken?

Für eine nachhaltige europäische Forstpolitik und eine effektive Umsetzung der EU-Waldstrategie ist es wesentlich, die forstlichen Akteure in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Gleichzeitig müssen nationale Expertise genutzt und Anreize für eine aktive Waldbewirtschaftung gesetzt werden. Im Dialog zwischen Kommission und Mitgliedsstaaten zu walddpolitischen Maßnahmen muss hervorgehoben werden, dass die Kompetenz hier klar bei den Mitgliedsstaaten liegt. Deshalb werde ich mich für die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips einsetzen. Auf Initiative von Österreich haben Minister Totschnig und 15 weitere EU-Landwirtschaftsminister in einem „Kompetenzbrief“ mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass Mitgliedstaaten und deren Kompetenzen auf EU Ebene unzureichend Berücksichtigung finden.

Initiativen, die besser auf europäischer Ebene in Angriff genommen werden, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, sind notwendig, um den Erhalt der Wälder auch in Zukunft zu garantieren. Österreich muss hier seine Aufgaben wahrnehmen, der österreichische Landwirtschaftsminister hätte sich schon seit langem mit den Bundesländern viel besser koordinieren müssen. Deshalb ist etwa der Schutzwald in Österreich in keinem guten Zustand, wie der Wildschadensbericht seit Jahren moniert und nun bereits auch der Rechnungshof deutlich darauf hinweist.



Mit den genannten Verordnungen führt die EU einen Vernichtungsfeldzug gegen die eigenen Bauern. Wiederherstellungsmaßnahmen zu erlassen die völlig realitätsfern sind schädigen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirte, sondern gefährden auch die Versorgungssicherheit in Europa. Hier kommen wir wieder zum selben Ergebnis wie bei so vielen Fragen der Land- und Forstwirtschaft, nämlich der Beachtung des Subsidiaritätsprinzips. Politische Entscheidungen müssen möglichst dort getroffen werden, wo man sie in weiterer Folge auch umsetzt.

Beide Verordnungen sind noch nicht bzw. nicht vollständig in Kraft. Die EUDR gilt in Teilen erst ab Jahresende. Kleinen und mittleren Betrieben wird eine längere Frist eingeräumt. Beide Verordnungen sind wichtige Werkzeuge im Kampf gegen das Artensterben und die Klimakrise. Entgegen verbreiteter Mythen wird das NRL weder zu Enteignungen, Stilllegungen noch zur Gefährdung der Ernährungssicherheit führen. Eventuelle Verluste müssen ausgeglichen werden. Beim EUDR gilt es, administrativen Aufwand in Grenzen zu halten. Wir treten dafür ein, bestehende Daten zu nutzen, um dieses notwendige Gesetz möglichst unbürokratisch effizient umzusetzen.

Als NEOS stehen wir für einen effektiven und verantwortungsvollen Klimaschutz, der sowohl die Bedürfnisse unserer Umwelt als auch die Sorgen der Land- und Forstwirtschaft ernst nimmt. Wir erkennen an, dass gerade auch die konkreten Vorgaben der Von der Leyen-Kommission oft über die Maßen bürokratisch waren. Die Kritik verstehen wir als Anstoß. Wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit allen Beteiligten – einschließlich der Land- und Forstbetriebe – die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen können. Deshalb unterstützen wir Gesetze wie die EUDR und das Renaturierungsgesetz in ihrer grundlegenden Zielsetzung und fordern gleichzeitig eine konstruktive Umsetzung der Mitgliedsstaaten, um unnötige bürokratische Hürden zu vermeiden und die praktische Umsetzbarkeit zu gewährleisten.

Bedauerlicherweise ist die Forstpolitik nicht der einzige Bereich, in den sich die EU einzumischen versucht. Und genau hier sehen wir das Problem des politischen Überbaus. Fernab der Realität werden Entscheidungen getroffen, ohne die Herausforderungen für jene mitzudenken, die diese Vorgaben dann zu erfüllen haben. Es bräuhete einen Rückbau des überbordenden EU-Apparats, der es ermöglicht die politische Gestaltung wieder näher an der Realität zu praktizieren.

Waldpolitik ist geteilte Kompetenz, das Politikfeld hat sich europäisiert. Dazu ist Umweltpolitik klar eine EU-Kompetenz. Politikfelder lassen sich nie vollständig abgrenzen und viele große aktuelle Problemlagen (Klima, Artensterben etc.) bedürfen grenzüberschreitender Zusammenarbeit und gemeinsamer Ansätze. Um Vertrauen zu stärken, muss der Mehrwert auch für österreichische Waldbesitzer:innen sichtbar sein: Europäische Mindeststandards nachhaltiger Bewirtschaftung machen österreichische Wälder widerstandsfähiger, wettbewerbsfähiger und erkennen die Leistung der Waldbesitzenden an, die seit Generationen zukunftsfähig wirtschaften.

NEOS stehen für eine ausgewogene Balance zwischen dem Subsidiaritätsprinzip und der Notwendigkeit, gemeinsame Herausforderungen auf EU-Ebene anzugehen, insbesondere wenn es um Umwelt- und Klimaschutz geht. Es ist wichtig, dass die EU nur dann in nationale Kompetenzen eingreift, wenn dies für die Erreichung übergeordneter, gemeinsamer Ziele unerlässlich ist und einen klaren Mehrwert bietet. Um das Vertrauen in die EU zu stärken, müssen solche Eingriffe transparent, wohlüberlegt und unter starker Einbeziehung sowohl der nationalen Parlamente als auch der Zivilgesellschaft erfolgen. Zudem sollten Maßnahmen immer auf ihre Effektivität und ihren Beitrag zum Gemeinwohl überprüft werden, um sicherzustellen, dass sie den Interessen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger dienen. Europa darf sich nicht verzetteln, soll aber auf große Fragen gemeinsame Antworten suchen.

Die Volkspartei

SPÖ

EIGENTUM

Nur durch den Schutz des Eigentums ist es für Landbewirtschaftler möglich, ihre Lebensgrundlage zu erhalten und wertvolle Ressourcen, wie Lebensmittel oder den Rohstoff Holz, zu erwirtschaften. Dennoch schränken viele Gesetze die Eigentumsrechte ein und gefährden unsere Versorgungssicherheit. Wie wollen Sie in Zukunft sicherstellen, dass die Eigentumsrechte geschützt werden und ein fairer Ausgleich zwischen öffentlichem Interesse, Biodiversität, Freizeitnutzung, Klimaschutz und Eigentum stattfindet?

Äcker und Wiesen sind kein Vermögen, sondern die Erwerbsgrundlage unserer Bäuerinnen und Bauern. Diese zu besteuern, würde nicht nur eine schleichende Enteignung darstellen, sondern auch unsere Versorgungssicherheit gefährden. Eine Erbschaftsteuer würde etwa vielen Jungbäuerinnen und Jungbauern die Hofnachfolge erschweren und in weiterer Folge dazu führen, dass immer mehr Betriebe aufgeben. Ziel muss es daher sein, die Menschen zu entlasten und nicht weiter zu belasten. Für einen Interessensausgleich zwischen Biodiversität, Freizeitnutzung und Klimaschutz bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes, wie er im Rahmen der ökosozialen Marktwirtschaft verfolgt wird.

Es ist im ureigensten Interesse aller Waldbesitzer:innen, dass durch die Folgen der Klimakrise ihr Eigentum nicht zerstört wird. Wer Ressourcen wie Wald und Boden besitzt, hat auch die große Chance viel für eine positive Entwicklung beizutragen. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, die notwendige Biodiversität und eine gesunde Umwelt zu erhalten bzw. wieder zu erlangen. Die Waldbesitzer:innen können einen großen Beitrag dafür leisten, dass alle Menschen auch der nächsten Generationen eine Welt vorfinden, in der es sich lohnt zu leben, so, wie sie es ihren eigenen Kindern und Enkeln gerne überlassen wollen.

KLIMAWANDEL & ARTENSCHUTZ

Wolf und Fischotter verursachen massive Schäden in der Nutztierhaltung und in den heimischen natürlichen Fischbeständen. Sehen Sie den strengen Schutzstatus dieser weitverbreiteten Tiere, auch in Anbetracht dieser Schäden an Mensch, Tier und Umwelt als zeitgemäß an?

Auf Drängen Österreichs hat die EU-Kommission angekündigt, den Schutzstatus des Wolfes senken zu wollen. In Österreich fallen die Jagd- und Naturschutzagenden unter die Kompetenz der Bundesländer. Mithilfe einer einheitlichen Länderstellungnahme wurde Klimaministerin Leonore Gewessler verpflichtet für eine Herabsenkung des Schutzstatus auf EU-Ebene zu stimmen. Auch beim Fischotter haben die Bundesländer die zuständige Kompetenz inne. Entscheidend ist es alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu nutzen, um schnell wachsende Bestände zu regulieren.

Die SPÖ setzt sich dafür ein, dass eine umfassende wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben wird, die zusätzlich zur Erhebung der Anzahl der in Österreich dauerhaft ansässigen Wölfe ihre konkreten Verbreitungsgebiete innerhalb Österreichs erfasst, sowie eine Analyse beinhaltet, wie sich die dokumentierten Populationen innerhalb der nächsten (zwei) Jahre entwickeln könnten, und aufzeigt, welche Auswirkungen die Anwesenheit des Wolfes auf die Artenvielfalt in seinem Lebensraum hat. Es muss beantwortet werden, welche Größe des Wolfsbestands auch regional notwendig ist, damit der Erhaltungszustand des Wolfes nicht mehr gefährdet ist und konkrete Vorschläge aufgezeigt werden, wie die notwendige Zusammenarbeit und derzeit fehlende Abstimmung, die Koexistenz und Schutzmaßnahmen umfasst, zwischen den angrenzenden Staaten und Österreich gestaltet sein sollte.



Jeglicher Eingriff in das Eigentumsrecht - und damit in ein Grundrecht - ist der falsche Weg. Besonders problematisch wird es, wenn „öffentliches Interesse“ als Grund für solche Eingriffe vorgeschoben wird. Denn was im öffentlichen Interesse liegt, wird anhand festgelegter Kriterien entschieden und bringt meist nur für eine Seite Vorteile. Die Lebensgrundlage der Landbewirtschaftler darf nicht zerstört werden, denn ohne funktionierende Landwirtschaft würde die Gesellschaft ganz schnell erfahren, was tatsächlich im öffentlichen Interesse liegt. Und darauf gilt es hinzuweisen.

Der bestehende Rechtsrahmen schützt Eigentumsrechte bereits umfassend. Bei land- und forstwirtschaftlichem Eigentum wissen wir, dass es unmittelbar von der Klimakrise und dem Artensterben betroffen ist. Insofern schützen Maßnahmen zu Klimaschutz und -anpassung oder zum Schutz der Artenvielfalt auch land- und forstwirtschaftliches Eigentum. Land- und Forstwirtschaft sind von unterschiedlichen öffentlichen Interessen geprägt, und durch steigende gesellschaftliche Ansprüche etwa im Bereich der Freizeitgestaltung gefordert. Hier gilt es rechtliche Fragen zur Haftung von Eigentümer:innen zu klären und die Erholungsfunktion von Wäldern zu erhalten.

Österreich hat im internationalen Vergleich einen guten verfassungsrechtlichen Eigentumsschutz und das begrüßen NEOS. Unverletzliches Eigentum ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Eingriffe in Eigentum müssen daher die Ausnahme bleiben und besonders umfassend zu begründen sein, wenn in manchen Fällen Eigentumseingriffe zum Wohl der Gemeinschaft notwendig sind. Große, weltweite Herausforderungen wie der Klimawandel können zwar eine Ursache für Eigentumseingriffe sein - aber immer verhältnismäßig und begründet.

Grundsätzlich sprechen wir uns dafür aus Schäden zu verhüten als Totalausfälle sowohl in Fischgewässern als auch in der Nutztierhaltung ersetzen zu müssen. Maßvolle Eingriffe in die Population von Wolf und Fischotter könnten einerseits die enormen Folgen in der Fischerei und Landwirtschaft verhindern und würden den Tierbestand nicht gefährden oder gar ausrotten, was immer wieder als Argument gegen die nachhaltige Bejagung vorgebracht wird. So könnte man das überdurchschnittliche Wachstum der Bestände regulieren und Schäden vorbeugen.

Wolf und Fischotter sind Teile unserer natürlichen Ökosysteme und erfüllen darin wichtige Rollen, etwa in der Regulation und Gesunderhaltung von Wild- oder Fischpopulationen. Wir sehen den Schutzstatus daher als gerechtfertigt an, jedoch gibt es großen Nachholbedarf bzgl. Herdenschutz und Teichschutz in Österreich. Denn bisher werden die betroffenen Bäuerinnen und Bauern von der Landwirtschaftspolitik allein gelassen. Wir setzen uns ein für umfassende finanzielle und logistische Unterstützung im Herdenschutz (Behirtung, Herdenschutzhunde, Zäunung – je nach Standortanforderungen) und im Teichschutz.

Der Wolf genießt laut der EU-FFH-Richtlinie einen strengen Schutzstatus, und ein Abschuss ist nur in begründeten Einzelfällen zulässig. Es sollte ein evidenzbasiertes Management als Priorität gesetzt werden, wobei Einzelfälle individuell bewertet werden müssen. Es sollte ein Fokus auf Aufklärung, Herdenschutz und Schadensabgeltung gelegt werden. Für den Fischotter ist ein eigenes Management erforderlich, insbesondere um Konflikte um Fischbestände zu adressieren. Gewässerschutz und Ufersanierung sind essenziell, um derartige Konflikte zu lösen. In der Teichwirtschaft sollten Prävention und Schadensabgeltung Vorrang haben, und ein Eingriff in die Population sollte nur als letzte Option in Betracht gezogen werden.

Die Volkspartei



KLIMAWANDEL & ARTENSCHUTZ

Europäische Waldbewirtschafter bewahren nicht nur die Funktionen des Waldes, sondern passen diesen auch aktiv an den Klimawandel an, um den Wald für Generationen zu erhalten. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Europäische Union die europäischen Waldbewirtschafter stärker in ihrer Tätigkeit zu unterstützen?

Die EU sollte im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip nur dort ansetzen, wo die Angelegenheiten nicht angemessen auf nationaler Ebene geregelt werden können. Außerdem sollen Maßnahmen auf EU-Ebene nur so weit gehen, wie notwendig, um übermäßige Bürokratie und Kosten für Waldbewirtschafter zu vermeiden.

Unterstützende Maßnahmen mit Anreizen für Waldbewirtschafter beinhaltet z.B. das Programm Ländliche Entwicklung im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Wichtig ist auch ein geeigneter Rahmen für staatliche Beihilfen, da Forstwirtschaft dem EU-Wettbewerbsrecht unterliegt. Der Österreichische Waldfonds bietet umfassende Unterstützung für Waldbewirtschafter, um Waldschäden zu bewältigen und Wälder an Klimaveränderungen anzupassen.

Initiativen, die besser auf europäischer Ebene in Angriff genommen werden, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, sind notwendig, um den Erhalt der Wälder auch in Zukunft zu garantieren. Hier zählen alle Maßnahmen, die dem Klimawandel begegnen dazu, denn sie haben eine direkte Auswirkung auf das Überleben der europäischen Wälder. Auch die Forstwirtschaftspolitik muss vorausschauend agieren und die Herausforderungen durch die Klimaerhitzung meistern helfen.

ZUKUNFT EUROPA

Der Krieg in der Ukraine dauert an und Europa zeigt sich solidarisch, zugleich gibt es z.B. durch Getreideimporte Verwerfungen auf den Agrarmärkten. Wie wollen Sie diesem Thema auch in Anbetracht von Beitrittsgesprächen begegnen?

Der zoll- und quotenfreie EU-Marktzugang der Ukraine für Agrarprodukte verursacht Wettbewerbs- und Preisdruck auf dem EU-Binnenmarkt. Die Ukraine profitiert von wettbewerbsfähigen Vorteilen durch niedrigere Produktionsstandards, während Österreich führend in Umwelt- und Klimastandards ist. Die Solidarität mit der Ukraine bleibt ungebrochen, jedoch sind faire Handelsbedingungen für Bäuerinnen und Bauern eine Grundvoraussetzung für jegliche Liberalisierung des internationalen Handels. Daher braucht es begleitende Schutzmaßnahmen für den europäischen Markt. Für bestimmte Agrarprodukte wie Eier, Geflügel, Zucker, Hafer, Mais, Grobgrieß und Honig soll es automatische Schutzmechanismen geben. Dafür hat sich Österreich eingesetzt. Es ist jetzt wichtig, langfristige Rahmenbedingungen für den Marktzugang der Ukraine zu schaffen.

Bezüglich Erweiterung der EU ist jedes Land auf Basis der jeweiligen Fortschritte zu beurteilen, die Kopenhagener Kriterien müssen eingehalten werden und jeder Erweiterungsprozess muss auch mit internen Reformen der EU einhergehen, um die Institutionen und Entscheidungsprozesse der EU entsprechend vorzubereiten. Wir unterstützen die Ukraine als Kandidatenland für die EU-Mitgliedschaft. Es gibt jedoch keinen „fast track“, alle festgelegten Kriterien und Bedingungen müssen erfüllt werden. Und in diesem Fall muss vor allem auch darauf geachtet werden, wie ein möglicher Beitritt mit der weiteren Entwicklung der GAP möglich wäre. Es handelt sich hierbei in erster Linie um einen symbolischen Akt, um der europäischen Solidarität mit der Ukraine Ausdruck zu verleihen.

Zu den Verwerfungen auf den Agrarmärkten bei Getreide ist zu sagen, dass viele Informationen (von Agrarmarkt Austria, Landwirtschaftsministerium, diverse Statistiken) darauf hinweisen, dass die Ursache des Preisrückgangs bei Getreide viele Ursachen hat und dass es nicht angebracht ist, diesen der Ukraine in die Schuhe zu schieben.



Die EU sollte Waldbewirtschafter nicht schikanieren, sondern unterstützen. Die Forstbewirtschaftung muss daher vorzugsweise auf regionaler Ebene geschehen. EU-Bürokraten können wohl kaum alle Besonderheiten und unterschiedlichen Herausforderungen in einem Gesetz zusammenfassen - doch sie können einen unterstützenden Beitrag leisten. Aber nicht, indem sie Regeln festlegen, die vielleicht einige Regionen bevorteilen aber in anderen weder Sinn machen, noch umsetzbar sind. Dahingehend ist das Subsidiaritätsprinzip von besonderer Wichtigkeit, welches zur Zeit von der EU mehr als nur ignoriert wird.

Die gemeinsame Agrarpolitik sieht Förderungen zur Vorbeugung von Waldschäden, z.B. Brände und zur Waldwiederherstellung, zur Verbesserung der Klimaresilienz und des ökologischen Wertes der Waldökosysteme, zur Verarbeitung und Vermarktung von Walderzeugnissen als auch Verträge für Wald-Umwelt-Klima-Dienstleistungen etc. vor. Europäische Budgetmittel sollten dabei nur in nachhaltige Waldbewirtschaftung wie naturnahe, vielfältige Mischwälder statt Monokulturen und Kahlschläge fließen. Weitere Unterstützung braucht die Pflege von Schutzwäldern sowie der lückenlose Schutz der letzten Urwälder Europas.

Die EU kann Waldbewirtschafter stärker unterstützen, indem sie Forschung und Innovation in nachhaltige Forstwirtschaft und adaptive Managementpraktiken fördert, finanzielle Anreize für nachhaltige Waldbewirtschaftung bereitstellt und den Wissensaustausch zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Darüber hinaus könnte die EU Programme und Projekte finanzieren, die auf die Anpassung der Wälder an den Klimawandel abzielen und die Resilienz der Wälder stärken. Wichtig ist dabei, dass die EU die spezifischen Bedingungen und Bedürfnisse der verschiedenen europäischen Waldökosysteme berücksichtigt und die Waldbewirtschafter in die Gestaltung und Umsetzung solcher Programme einbezieht.

Vorweg: Beitrittsgespräche mit einem Land zu führen, das sich aktuell im Krieg befindet, kann wohl kaum zielführend sein. Die Getreideimporte aus der Ukraine sorgen für ein gefährliches Ungleichgewicht. Der Markt in Österreich und anderen Mitgliedsstaaten wird mit Billiggetreide überschwemmt, wohingegen jene Länder, für die das Getreide eigentlich vorgesehen wäre, leer ausgehen. Dadurch entsteht nicht nur eine wirtschaftliche Schiefelage, sondern gleichzeitig eine humanitäre Katastrophe. Die Arroganz der EU-Politik ist hier ganz klar zu erkennen und öffnet den Bürgern in Hinblick auf die bevorstehende EU-Wahl hoffentlich die Augen.

Es ist richtig und gut, dass die EU der Ukraine solidarisch beisteht. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben bereits auf die herausfordernde Situation für die Landwirt:innen reagiert: Es gibt eine politische Einigung zu Zollvorgaben für ukrainische Agrarprodukte, zumindest für Geflügel, Eier, Zucker und Mais. Beitrittsverhandlungen konzentrieren sich auf die Einführung und Umsetzung des EU-Rechts. Der EU Binnenmarkt und die Folgen für die EU und die Ukraine durch den Beitritt werden sicherlich im Laufe der meist langen Verhandlungen ein wichtiges Thema sein.

Solange der Krieg anhält, ist klar, dass die EU sich solidarisch mit der Ukraine zeigen soll. Die EU sollte aber natürlich eine ausgewogene Strategie verfolgen, die einerseits die Solidarität mit der Ukraine aufrechterhält und andererseits die Stabilität des europäischen Getreidemarktes gewährleistet, etwa indem so wie zuletzt ukrainische Mengen vor allem exportiert werden. Im Zuge von künftigen Beitrittsgesprächen müssen natürlich langfristige Lösungen gefunden werden, die sowohl die Bedürfnisse der europäischen Landwirtschaft als auch die der Ukraine berücksichtigen, ohne letztere zu isolieren, da die Ukraine auf dem globalen Agrarmarkt eine wichtige Rolle als Exportland spielt.



ZUKUNFT EUROPA

Durch den Einsatz neuer Technologien in der Land- und Forstwirtschaft, steigt auch die Effizienz und Nachhaltigkeit. Welche Maßnahmen sehen Sie, um die Digitalisierung in der Land- und Forstwirtschaft zu fördern und welchen Gefahren gilt es auch in Bezug auf die Datensouveränität zu beachten?

Um die Digitalisierung in der Land- und Forstwirtschaft voranzutreiben, sind mehrere Maßnahmen erforderlich. Dazu gehören eine zuverlässige digitale Infrastruktur mit Breitbandversorgung, Fördermittel und Forschung für neue Technologien. Eine umfassende Digitalisierungsstrategie, die in Zusammenarbeit mit Experten entwickelt wird, ist entscheidend. Diese Strategie sollte verschiedene Bereiche wie Verwaltung, Forschung und Innovation abdecken. Dabei ist es wichtig, die Datensouveränität zu wahren und mögliche Risiken für den Datenschutz zu berücksichtigen. Ein koordinierter Ansatz ermöglicht es, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und Effizienz sowie Nachhaltigkeit in der Land- und Forstwirtschaft zu steigern.

Es kann nicht sein, dass die Anbieter von Technologien die Daten der Landwirtschaft als ihr privates Eigentum sehen. Datenschutzbestimmungen müssen jedenfalls eingehalten werden. Es braucht aber auch Zugang zu wichtigen Daten für die Forschung und für die Politik, damit die Erkenntnisse aus diesen Daten der Landwirtschaft und der gesamten Gesellschaft zugute kommen.

ZUKUNFT EUROPA

Man hat von Seiten der Land- und Forstwirtschaft das Gefühl, dass die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln, die Versorgung mit den nachwachsenden Rohstoff Holz und der Beitrag zur Energieversorgungssicherheit nur mehr als zweitrangige Ziele des Sektors gesehen werden. Wo sehen Sie die Zukunft des Sektors?

Die Zukunft des Land- und Forstwirtschaftssektors liegt in nachhaltigen Praktiken und innovativen Ansätzen. Das Wohn- und Baupaket der Bundesregierung fördert den Holzbau als Schlüssel zur ökologischen Transformation im Baugewerbe. Die Österreichische Holzinitiative unterstützt den Einsatz von Holz im großvolumigen Wohnbau und in öffentlichen Bauten. In bisher 134 geförderten Projekten mit einer Fördersumme von rund 20,7 Millionen Euro wurden rund 30 Millionen Kilogramm Holz verbaut und somit rund 53.000 Tonnen CO₂ Äquivalente langfristig gespeichert. Durch diese Maßnahmen wird nicht nur die Nachfrage nach Holz erhöht, sondern auch ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Dieses Gefühl täuscht. Eine gesunde Umwelt und ein erträgliches Klima sind Voraussetzung für die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln und die Versorgung mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Daher sind jegliche Maßnahmen, die Umwelt, Klima und Biodiversität schützen die eigentliche Basis, dass auch in Zukunft die Bäume wachsen und dass Getreide am Feld nicht verdorrt.



Daten sind in unserer Geschäftswelt zu einem wichtigen Gut geworden. Und dieses gilt es zu schützen. Digitalisierung macht dort Sinn, wo sie eine Entlastung bedeutet. Land- und Forstwirte sammeln seit jeher Daten und erstellen Aufzeichnungen, um die Ergebnisse ihrer Arbeit zu dokumentieren. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind allerdings privat und sollen nicht ohne Zustimmung des Land- oder Forstwirtes, der sie über die Jahre hinweg gesammelt hat, weitergegeben werden können. Datenschutz hat also unbedingt dem Schutz des geistigen Eigentums zu folgen.

Klar muss sein: Neue Technologien können die notwendige ökologische Agrarwende nicht ersetzen, sondern höchstens ergänzen. Am Beispiel von Pestiziden: Wenn Präventionsmaßnahmen wie langjährige Fruchtfolgen, Nützlingsförderung und mechanische oder biologische Methoden ausgeschöpft sind, kann Präzisionsanwendung die Menge des eingesetzten Pestizids verringern.

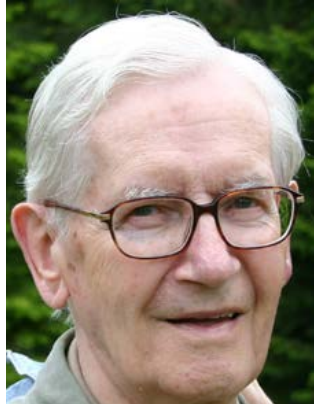
Uns ist wichtig, keine neuen Abhängigkeiten von der Agrarindustrie zu erzeugen. Bäuer:innen sollen über ihre Daten selbst verfügen und sie selbst auswerten können. In pseudonymisierter Form sollten die Daten jedoch zur Produktverbesserung und für die Wissenschaft zur Verfügung stehen.

NEOS erkennt in der Digitalisierung der Land- und Forstwirtschaft eine Schlüsselrolle, um Produktivität und Nachhaltigkeit zu optimieren. Wir setzen uns für den Ausbau der digitalen Infrastruktur in ländlichen Gebieten ein. Bildungsangebote sollen digitale Fähigkeiten stärken und Forschung in Smart Farming und Precision Forestry vorantreiben. Dabei muss ein besonderer Fokus auf Datensouveränität, Datenschutz und die Vermeidung von Abhängigkeiten von einzelnen Technologieanbietern gelegt werden. Wir müssen in Europa endlich unabhängiger bei Zukunftstechnologien werden und Innovation in allen Bereichen stärker vorantreiben - das betrifft selbstverständlich auch die Land- und Forstwirtschaft.

Die Vorstellung von nachhaltiger Energieversorgung hat sich in den letzten Jahren geändert. Während vor wenigen Jahren Atomreaktoren linke und grüne Aktivisten noch auf die Barrikaden steigen ließen, so werden diese heute als „grün und nachhaltig“ gefeiert. Hier ist eine Schiefelage entstanden, die uns in eine unsichere Zukunft führt. Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sind die wohl wichtigsten Ressourcen. Ein überbordender Eingriff in den Agrarsektor würde sowohl unsere Energieversorgung als auch Lebensmittelsicherheit gefährden. Das muss verhindert werden, auch wenn der Gegenwind auf EU-Ebene diesbezüglich sehr rau ist.

Die Produktion hochwertiger Lebensmittel und von Holz vor allem für langlebige Produkte ist ganz klar ein vorrangiges Ziel der Land- und Forstwirtschaft. Gleichzeitig haben die Bäuerinnen und Bauern aufgrund der großen Fläche, die bewirtschaftet wird, auch die große Chance und Verantwortung, einen unverzichtbaren Beitrag zum Klimaschutz und zum Erhalt der Artenvielfalt zu leisten. Unsere Versorgungssicherheit hängt maßgeblich davon ab, dass wir es schaffen, die Klimakrise einzudämmen und den Biodiversitätsverlust umzukehren. Daher sind die Ziele der Versorgungssicherheit und des Klima- und Biodiversitätsschutzes nicht voneinander zu trennen.

NEOS strebt eine zukunftsfähige Land- und Forstwirtschaft an, die qualitativ hochwertige Lebensmittel produziert und nachhaltig mit natürlichen Ressourcen wie Holz umgeht, um sowohl zur lokalen Wirtschaft als auch zur Energieversorgungssicherheit beizutragen. Wir fördern nachhaltige Praktiken, die Klimaschutz und Biodiversität unterstützen, und setzen auf innovative Ansätze wie Agroforstwirtschaft und Agrarphotovoltaik, um neue Einkommensmöglichkeiten zu schaffen. Zudem befürworten wir transparente Gütesiegel, um Konsument:innen über nachhaltige Produkte aufzuklären und damit eine bewusste Wahl zu ermöglichen. Diese Ziele sollen durch eine vorausschauende Politik erreicht werden, die Qualität vor Quantität stellt und die lokale Wirtschaft stärkt.



Rudolf Frauendorfer – eine historische Persönlichkeit des österreichischen Forstwesens

von Walter Sekot

Am 5. Juni 1924 erblickte Rudolf Frauendorfer in Molln (OÖ) das Licht der Welt. Die hundertste Wiederkehr dieses Datums gibt Anlass, diesem herausragenden österreichischen Forstmann zu gedenken und seine großen und bleibenden Verdienste um das österreichische Forstwesen, den Fachbereich der Forstökonomie und die Universität für Bodenkultur Wien seinen Wegbegleitern und Schülern in Erinnerung zu rufen bzw. jüngeren Generationen gegenüber aufzuzeigen (sh. auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Frauendorfer).

Als Sohn eines Försters war Rudolf Frauendorfer von Jugend an mit der praktischen Seite der Forstwirtschaft vertraut. Nach dem Studium der Forstwirtschaft an der damaligen Hochschule für Bodenkultur führte sein beruflicher Lebensweg über Stationen bei den österreichischen Bundesforsten, der Waldstandsaufnahme und der Lehrkanzel für Forsteinrichtung schließlich 1954 an die Forstliche Bundesversuchsanstalt Mariabrunn. Dort baute er das Institut für Ertragskunde und Betriebswirtschaft auf. Mit seiner Dissertation ‚Massentarife für Fichte‘ promovierte Frauendorfer im Jahre 1953 zum Doktor der Bodenkultur. Darauf folgte 1959 die Habilitation für Forsteinrichtung auf Grundlage der Schrift ‚Betriebswirtschaftliche Untersuchungen im steirischen Bauernwald‘. 1967 erfolgte die Berufung zum Ordinarius für Forstliche Betriebswirtschaftslehre und Forsteinrichtung an der Hochschule für Bodenkultur. In seine Ära fallen Aufbau und Blütezeit der Forstökonomie an der BOKU. So hat er sich auch in besonderem Maße um die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses verdient gemacht. Im

Zeitraum von 1974 – 1980 war er zudem als Rektor bzw. Prorektor maßgeblich an der Modernisierung des Hochschulwesens beteiligt. Im Jahr 1992 emeritierte Prof. Frauendorfer. Am 5. November 2012 ist der Nestor der österreichischen Forstökonomie em.Univ.Prof. Dipl.Ing. Dr. Dr.h.c. Rudolf Frauendorfer in seinem 89. Lebensjahr verstorben.

Im Zuge seines wissenschaftlichen Schaffens hat Frauendorfer dem Fachbereich wichtige Impulse vermittelt, die auch für die Praxis und das Forstwesen insgesamt nachhaltig von größtem Wert sind. Die forstbetriebliche Praxis vom bäuerlichen Kleinwald bis zu den Österreichischen Bundesforsten war für ihn nicht nur Erkenntnisobjekt seiner Forschungstätigkeit, sondern es war ihm auch die Transformation des Fachwissens stets ein großes Anliegen. So hat er hat schon früh Transdisziplinarität in vorbildlicher Weise gelebt. In seiner Funktion als Vizepräsident des Österreichischen Forstvereins hat er sich insbesondere auch um die forstspezifische Weiterbildung von AHS-Lehrern verdient gemacht.

Wahre Meilensteine hat Frauendorfer in folgenden Bereichen gesetzt:

DGZ-Ertragstafel: Mit der Entwicklung von auf Absolutertragsklassen basierenden Wachstumsmodellen wurde ein grundlegender Fortschritt im Bereich der ertragskundlichen Grundlagen der Forsteinrichtung erzielt. Die DGZ-Ertragstafeln waren auch eine wesentliche, methodische Basis für die Neuorientierung der Waldbewertung.

Stichprobeninventur: Das methodische Konzept der Stichprobeninventur wurde zur Praxisreife entwickelt und erfolgreich als Alternative zum traditionellen Altersklassenverfahren der Forsteinrichtung etabliert.

Kostenrechnung und Betriebsanalyse: Die moderne forstliche Betriebsabrechnung ist nach wie vor das zentrale, methodische Element forstlicher Testbetriebsnetze. Die über Jahrzehnte auf- und ausgebaute Infrastruktur zur empirischen, betriebswirtschaftlichen Forschung ist von besonderem Wert für die Forstpolitik ebenso wie für die betriebliche Praxis und die Wissenschaft. Die damit im Zusammenhang entwickelte, kostenrechnerisch orientierte Betriebsanalyse hat sich als methodischer Forschungsansatz einerseits und als praktisches Rationalisierungshilfsmittel andererseits vielfach bewährt.

Waldbewertung: Methodische Beiträge zur Waldbewertung sind insbesondere auch in das System der forstlichen Einheitsbewertung eingeflossen.

Bäuerliche Waldwirtschaft: In der sowohl ertragskundlichen als auch sozio-ökonomischen Analyse dieser besonderen Eigentumsform wurde Pionierarbeit geleistet. Mit einer Serie von Arbeiten wurde ein empirisches Fundament geschaffen, das wesentlich zum besseren Verständnis und in weiterer Folge auch zur praktischen Problemlösung beigetragen hat.

Obwohl persönlich alles andere als ein Freund von Ehrungen hat Rudolf Frauendorfer im Laufe seiner Karriere doch einige Auszeichnungen für seine Verdienste mit Wertschätzung bedacht und daher auch angenommen. So erhielt er 1981 den Ehrenring der Universität für Bodenkultur in Anerkennung seiner Leistungen als Rektor in einer hochschulpolitisch kritischen Phase. Der Österreichische Forstverein hat sein engagiertes Wirken für das Forstwesen durch die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft im Hauptausschuss gewürdigt. An der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg nahm er 1989 den Karl Abetz Preis für seine Arbeiten zur bäuerlichen Waldwirtschaft entgegen. Sein wissenschaftliches Lebenswerk wurde schließlich 1995 von der Ludwig-Maximilians Universität München mit dem Ehrendoktorat gewürdigt.

Rudolf Frauendorfer hat immer wieder neue Wege beschritten und auch demonstrativ mit Konventionen und Traditionen gebrochen, wenn diese ihm nicht mehr zeitgemäß oder sinnvoll erschienen sind. Kraft seiner fachlichen Autorität und seiner gewinnenden Persönlichkeit hat er von seinen Kollegen, Schülern und Freunden stets ein besonderes Maß an Anerkennung und Wertschätzung erfahren. Auch durch seine menschliche Größe war er Vorbild für Generationen. Wer das Privileg hatte ihn persönlich zu kennen wird sich ihm zeitlebens dankbar verbunden fühlen und ein ehrendes Andenken bewahren.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Wir möchten Sie herzlich dazu einladen, Teil unserer nächsten Naturverband Ausgabe zu werden! Ihre Ansichten sind uns wichtig, daher laden wir Sie ein, Ihre Gedanken, Meinungen und Kommentare für unsere Kommentarspalte einzureichen. Ganz gleich, ob es sich um aktuelle Themen, persönliche Erfahrungen oder interessante Perspektiven handelt – teilen Sie Ihre Standpunkte mit uns und bereichern Sie gemeinsam mit uns die Diskussion!

Bitte senden Sie Ihre Beiträge an edlinger@landforstbetriebe.at

Wir freuen uns darauf, von Ihnen zu hören, um gemeinsam einen interessanten Meinungs austausch zu gestalten.





**Natürlich
haben wir
Naturverstand.**